HAMBURG Januar 2015 Spendenempfehlung 3 Euro

Debatte

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Impressum: Hamburg Debatte | Nr. 12 | Januar 2015

Hamburg Debatte ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg | Wendenstr. 6, 20097 Hamburg | www.die-linke-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Sinah Mielich | redaktion@die-linke-hamburg.de

Redaktion: Kristian Glaser | Christian Kruse | Timm Kunstreich | Uli Ludwig | Sinah Mielich | Uwe Post | Herbert Schui | Zdravko Sisic

Erweiterte Redaktion: Hartmut Obens | Norman Paech

Mit Beiträgen von: Jan van Aken | Gunhild Berdal | Christine Buchholz | Martin Dolzer | Wolfgang Gehrcke | Elias Gläsner | Karoline Korring | Timm Kunstreich | Uli Ludwig | Zaklin Nastic | Norman Paech | Ronny Prieß | Herbert Schui | Mehmed Yildiz | Johanna Zimmermann

Fotos: 20min.ch, Seite 18 | AOK, Seite 4 | ARD, Seite 6 | CNN, Seite 20 | DHM, Seite 29 | Die Linke, Seite 19 | Palestina Times, Seite 20 | Pablo Picasso; Seite 13 | RTL, Seite 6 | Zdravko Sisic, Seite 9 | Twitter, Seite 24 | US-Army, Seite 14 | Wikipedia, Seiten 1, 26, 32 | Zentralmuseum des Großen Vaterländischen Krieges, Seiten 17, 30 und 31

Copyleft: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung

Druck: Print und Copy Haus, Hamburg | Auflage: 1 500 | Redaktionsschluss: 12. Dezember 2014

Inhalt

Impressum Seite 2

Editorial Seite 3

Gesundheitspolitik: Heilung beginnen
Elias Gläsner Seite 4

Was macht die AfD attraktiv?
Herbert Schui Seite 6

Die AfD ist zu schlagen!
Hartmut Obens Seite 8

Flüchtlingspolitik: Menschenwürdig sieht anders aus
Zaklin Nastic Seite 9

Mit oder gegen die Schuldenbremse?
Hartmut Obens Seite 10

Kindeswohlgefährdung durch die Fachbehörde
M. Yildiz, K. Korring und R. Prieß Seite 11

Kein Regieren um jeden Preis
Christine Buchholz Seite 12

Den Krieg aus dem Leben der Völker verbannen
Johanna Zimmermann Seite 13

Dressur zur Mündigkeit?
Timm Kunstreich Seite 14

Unvernunft und Massenresignation
Buchtipp Seite 15

Demokratie wagen!
Timm Kunstreich Seite 16

Rojava: Geordnete Neuaufteilung
Martin Dolzer Seite 18

Auf dem Weg zum vierten Gaza-Krieg?
Norman Paech Seite 20

Das Ende des Internets?
Uli Ludwig Seite 22

IS – und kein Ende?
Jan van Aken Seite 23

Maß-Anfertigungen
Ein Komentar von Uli Ludwig Seite 24

Friedensbewegung: Wir Weltverbesserer
Gunhild Berdal Seite 26

Zweite Befreiung ins Werk setzen
Herbert Schui Seite 28

Internationales: Neue Dimension
Wolfgang Gehrcke Seite 29

Dokument: Kapitulation 8. Mai 1945 Seite 30

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

im Landesparteitagsbeschluss „Veränderungen beginnen mit Opposition“ vom Juni 2014 heißt es zur Grundorientierung der Hamburger LINKEN für die nächste (Wahlkampf) Zeit: *„Wir sehen die Zukunft nicht als bloße Fortführung der Gegenwart, sondern setzen uns für eine humane, demokratische und solidarische Gesellschaft ein. Darum stehen wir u.a. für die Abschaffung der Schuldenbremse sowie für eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger und nicht an InvestorInnen-Interessen orientiert. In diesem Zusammenhang sind und bleiben wir ebenso konsequente Friedenspartei.“*

Mit dem neoliberalen Kapitalismus, dessen oberste Priorität es ist, Kapital und Macht zu akkumulieren, ist kein Frieden zu machen. Dies wird bei einem Blick in die Welt deutlich: sei es die durch den Westen herausgeforderte Erstarkung des sogenannten ‚Islamischen Staats‘ (IS), der sein mörderisches Unwesen im Mittleren Osten treibt (Artikel von Jan van Aken, Martin Dolzer), der Kampf um Ressourcen und das Anheizen des Ukraine-Konflikts (Uli Ludwig) sowie der von der israelischen Regierung verantwortete Krieg gegen Gaza, der sich nicht als Selbstverteidigung beschreiben lässt (Norman Paech).

Gefordert ist und wird eine starke Friedensbewegung, denn nur sie kann dem Krieg mit der eindeutigen und oppositionellen Perspektive „Frieden“ ein Ende bereiten. Gunhild Berdal schreibt zu den konkreten Aufgaben der Bewegung. Dass ein jedes wissenschaftliche Fach für die Entwicklung einer Friedensperspektive verantwortlich ist und es auch sein kann, zeigt der Zivilklauselkongress, der im Oktober in Zusammenarbeit von Friedens-, Gewerkschafts- und Studierendenbewegung an der HAW Hamburg stattfand (Johanna Zimmermann).

Stadt- (und bundes-)weit richtet die neoliberale Politik nur gesellschaftliche Schäden an: zum Beispiel durch eine Pädagogik, deren Ziel es ist ihre Adressaten durch repressive Methoden an die bestehenden Verhältnisse anzupassen mit der vermeintlichen Alternative: fleißig oder mundtot (AKS Hamburg). Oder durch eine durch Kürzungen und Schuldenbremse pervertierte Jugendhilfepolitik, die nicht nur das Kind Yagmur auf dem Gewissen hat (Mehmet Yildiz). Oder durch eine vom Senat durchaus geplante desaströse Flüchtlingspolitik (Zaklin Nastic). Durch die Gründung der AfD wird versucht, den Neoliberalismus mit seiner Legitimationskrise durch eine rabiate Politik zu retten (Hartmut Obens, Herbert Schui). Dagegen hilft nur eins: grundlegende Opposition zu dieser Politik, damit es grundlegend besser wird! Sei es in Bezug auf die dringend voranzutreibende Rekommunalisierung der Krankenhäuser (Elias Gläsner), sei es durch konkrete Überlegungen zur Demokratisierung der Stadtteile (Timm Kunstreich) oder der Besinnung auf eine klare Oppositionsverantwortung gegen die Schlawinereien in (bestehenden) Regierungsbündnissen (Christine Buchholz).

In diesem Sinne wünschen wir allen eine informative und anregende Lektüre für einen bewegenden Bürgerschaftswahlkampf 2015 in Hamburg.

Eure Debatten-Redaktion

Heilung beginnen

Fürsprache für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser, jetzt!

Ohne Umschweife: Die Privatisierung im Krankenhauswesen ist ein organisiertes Verbrechen. Sie fordert täglich Menschenleben und muss deswegen umgehend überwunden werden. Wer daran Zweifel hat, dem sei kursorisch die Realität in den Krankenhäusern vor Augen geführt.

- Menschen, denen mit vergleichsweise einfachen und schonenden Mitteln geholfen werden könnte, werden ohne Not stress- und risikoreichen Operationen ausgesetzt, allein weil das Krankenhaus daran am meisten verdient – nicht selten mit der Folge tatsächlicher Komplikationen, bleibender Schädigungen oder gar dem Tod;
- das Infektionsrisiko steigt, weil selbst an billigstem Material gespart wird (seltenes Wechseln von Beatmungsschläuchen, Kathetern, Operationsbesteck etc.) – für Schwerstkranke hat das mitunter tödliche Folgen;
- Patienten in Betten auf Fluren oder in Abstellkammern gehören aufgrund gezielter Überbelegungen zum Alltag;
- die Faktoren zur Gesundung (vitale Bedürfnisse, persönliche Verfasstheit und subjektive Genesungsfaktoren des Patienten) werden vom Personal zunehmend ignoriert, weil es unterbesetzt, auf Fünf-Minuten-Medizin und Quotenerfüllung getrimmt ist;
- die Verständigung zwischen Fachabteilungen wird verzögert oder findet gar nicht erst statt, weil Fachborniertheit durch die Konkurrenz der Stationen gesteigert wird;
- „blutige Entlassungen" gehören zum Geschäftsmodell, Behandlungsfehler nehmen zu (Medikamente werden nicht auf Unverträglichkeit geprüft, Amputation falscher Gliedmaßen etc.), verlängerte Anfahrtswege schaffen massive Gefährdungen, weil ganze Abteilungen aus Rentabilitätsgründen geschlossen wurden;
- wegen Überlastung und Entfremdung explodieren psychische Erkrankungen, Burnout, Psychopharmaka- und Drogenabhängigkeit sowie Suizidalität unter Pflegern und Ärzten;
- Repressionen gegen Kollegen, die sich den Kommerzvorgaben verweigern.

All das ist an der Tagesordnung in einem Krankenhauswesen, das durch Privatisierungen der strukturellen Gewalt des Privateigentums, das heißt dem Konkurrenzprinzip überantwortet wurde. Sehr deutlich wird das an einem Hospital in der kalifornischen Stadt Anaheim, das vor seiner Schließung der US-amerikanischen Klinikkette Pacific Health gehörte, deren Eigner der deutsche Unternehmer Bernhard große Broermann ist, der Hauptanteilseigner von Asklepios. In Anaheim wurden „Recruiter" beschäftigt, die Obdachlose von der Straße holen sollten, um an ihnen aufgrund fingierter Diagnosen beliebige medizinische Behandlungen durchzuführen, die der Konzern dann abrechnen konnte.

Asklepios und Co. gehen, im Marxschen Sinne und wortwörtlich, schon für neun Prozent Profit über Leichen – so hoch ist die durchschnittliche jährliche Gewinnrate. Zum Vergleich: Höchstmargen anderer nichtstaatlicher Krankenhausträger betragen (auch schon obszöne) einen bis vier Prozent.

Von einigen „Experten", darunter auch den Verfassern eines von der Bürgerschaftsfraktion der Hamburger LINKEN in Auftrag gegebenen „Gutachtens", wird gegen eine sofortige Rekommunalisierung eingewandt, dass sie rechtlich nicht möglich sei. Verwiesen wird auf das Kartellrecht und den Eigentumsschutz im Grundgesetz. Das ist schlicht absurd. Erstens befanden sich die Hamburger Krankenhäuser bereits komplett in öffentlicher Hand (Landesbetrieb Krankenhäuser). Zweitens ist im Grundgesetz nicht nur die Sozialstaatsverpflichtung als zentrales Prinzip verankert, sondern wird auch das Eigentum daran gebunden, dass es *„dem Wohle der Allgemeinheit dienen"* soll. Zudem ist die Möglichkeit von Verstaatlichungen explizit vorgesehen (Artikel 14 und 15). Drittens hatte der Chef der Kartellbehörde, ein Parteigänger der FDP, bereits eine Rekommunalisierung der Hamburger Energienetze für unzulässig erachtet – trotzdem ist der Volksentscheid wirksam geworden.

Eine freundliche Entschädigung dafür, dass ein Hamburger Volksentscheid Asklepios von seiner kriminellen Aktivität befreit, sind null Euro. Angemessen wäre eine Schadenersatzzahlung durch Asklepios an die Stadt. Daran dürfen sich die damaligen Wegbereiter in Bürgerschaft und Senat, CDU, FDP und Schill-Partei, die sich 2004 über den mit 77 Prozent Zustimmung durchgeführten Volksentscheid für den Verbleib der Krankenhäuser in öffentlicher Hand einfach hinwegsetzten, gern beteiligen.

Wozu Rekommunalisierung? Die eigentumsbewehrte Schädigung Aller zu beenden hat sofort positive Wirkung für ein menschengemäßeres Gesundheitswesen. Die Maßstäbe dafür sind durch Kämpfe längst im kollektiven Bewusstsein verankert, unter anderem mit dem als Konsequenz aus dem Faschismus neu bestimmten humanistischen Sinngehalt des Arztberufs in der Deklaration des

Weltärztebundes von 1948 (siehe Kasten). 1978 wurde unter maßgeblichem sowjetischen Einfluss in der WHO-Grundsatzerklärung von Alma-Ata festgehalten, dass an den realen Krankheitsursachen anzusetzen und ein Verständnis von Krankheit und Gesundheit zu entwickeln ist, das von der Entfaltung des Menschen ausgeht (siehe Kasten). 1986 wurde in der Ottawa-Charta der WHO die universale Bestimmung gesundheitsförderlichen Handelns als Einheit von gesellschaftlicher und spezifisch persönlicher Entwicklung zur Überwindung der sozialen Ungleichheit verstanden (siehe Kasten). Diese Fortschritte werden zunehmend als – wenn auch nicht bewusste – Ansprüche vertreten und sollten von der LINKEN offensiv in der Gegnerschaft zu den fatalistischen und zynischen Vertretern des Kranken- als Profithauses zur Geltung gebracht werden. Wichtige Einzelaspekte sind dabei:

- Deutlich mehr Zeit für wesentlich mehr und besser bezahltes Personal;
- Aufmerksamkeit für Interessen und Bedürfnisse des Patienten und Ansprache auf gleicher Augenhöhe;
- strukturelle Beförderung einer humanistischen Praxis, von der aus der Mensch als Person, gesellschaftliches Wesen und aktives Subjekt der Heilung ernstgenommen wird (nur so wird er gesund!) – gegen die systemische Degradierung des Patienten mittels eines technischen Menschenbilds, in dem der Mensch nur als Ansammlung von Einzel- und Ersatzteilen gesehen, entsprechend separierend betrachtet und ihm dann auch noch die Schuld an seiner Krankheit zugewiesen wird.
- erhebliche Ausweitung der (Mit-)Bestimmung und demokratische Verfügung der Beschäftigten über Arbeitsinhalt und -bedingungen;
- planvolles Zusammenwirken aller Beteiligten für die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Heilung auf dem medizinischen Erkenntnisniveau und zur Überwindung der gesellschaftlichen Krankheitsursachen wie Entfremdung und soziale Isolation (Prävention geht nur gegen Profitinteressen);
- staatliche Organisation der am tatsächlichen Bedarf orientierten, bestmöglichen Versorgung Aller.

So können die medizinischen Herausforderungen der Gegenwart angenommen und Krankheiten ursächlich überwunden werden, so kann selbst die Heilung vermeintlich hoffnungsloser Krankheiten gelingen. Das ist konkreter Sinn und inhaltliche Richtung der Rekommunalisierung der Krankenhäuser.

Kuba macht deutlich, was ein öffentliches Gesundheitswesen vermag: In dem ökonomisch „unterentwickelten" Karibikstaat gibt es die geringste Säuglingssterblichkeit aller amerikanischen Länder, eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung als in den USA, die effektivste Seuchenbekämpfung und höchste Ärztedichte weltweit mit einem ambulanten Versorgungssystem von Polikliniken und in den Kommunen verankerten, aufsuchenden Ärzten, die Krankheiten und gesundheitsgefährdende Bedingungen verhindern können, bevor sie entstehen. Die Entsendung von umfassend humanistisch qualifizierten Ärzten für internationale Gesundheitsmissionen wie gegen Ebola in Afrika ist von einem Umfang, der größer als alles ist, was die gesamte WHO aufzubieten hat.

Für Hamburg gilt: Wenn Asklepios nicht verkaufswillig ist und auf seinen Expansionskurs besteht, ist das umso mehr ein Grund, die Krankenhäuser (und die konzerneigenen Medizinischen Versorgungszentren) so schnell es geht zurück in öffentliche Hand zu holen.

Der LINKEN kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Der Unmut über das privatisierte Gesundheitswesen ist enorm und im Verhältnis zu 2004 noch gestiegen – das können (Co-)Manager, das politische Establishment und PR-geleitete Medien verschleiern, wie sie wollen. Der Unmut kann und muss gegen Vereinzelung und die „alternativlose" Politik des SPD-Senats ermuntert, qualifiziert und perspektivbildend aufgerichtet werden. Ein Bündnis für einen Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Krankenhäuser, das sich die gesellschaftspolitische Dimension des eigenen Wirkens aneignet und offensiv vertritt, wird Mitstreiter in fast allen halbwegs aufgeklärten Zusammenhängen der Stadt finden. Das zu bilden und voranzutreiben ist die zentrale und umgehende Aufgabe der gesamten LINKEN.

Elias Gläsner, AG Gesundheitspolitik

„Bei meiner Aufnahme in den ärztlichen Berufsstand gelobe ich feierlich:

mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen. [...]

Die Gesundheit meines Patienten soll oberstes Gebot meines Handelns sein. [...]

Meine Kolleginnen und Kollegen sollen meine Schwestern und Brüder sein.

Ich werde mich in meinen ärztlichen Pflichten meinem Patienten gegenüber nicht beeinflussen lassen durch Alter, Krankheit oder Behinderung, Konfession, ethnische Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politische Zugehörigkeit, Rasse, sexuelle Orientierung oder soziale Stellung.

Ich werde jedem Menschenleben von seinem Beginn an Ehrfurcht entgegenbringen und selbst unter Bedrohung meine ärztliche Kunst nicht in Widerspruch zu den Geboten der Menschlichkeit anwenden."

Genfer Gelöbnis, Deklaration des Weltärztebundes, beschlossen 1948.

„Politische, ökonomische, soziale, kulturelle, biologische sowie Umwelt- und Verhaltensfaktoren können alle entweder der Gesundheit zuträglich sein oder auch sie schädigen. Gesundheitsförderndes Handeln zielt darauf ab, durch aktives [...] Eintreten diese Faktoren positiv zu beeinflussen und der Gesundheit zuträglich zu machen."

Charta der 1. Internationalen Konferenz über Gesundheitsförderung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Ottawa, 1986.

„Die Konferenz bekräftigt mit Nachdruck, dass Gesundheit, die der Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen ist, ein grundlegendes Menschenrecht darstellt und dass das Erreichen eines möglichst guten Gesundheitszustands ein äußerst wichtiges weltweites soziales Ziel ist, dessen Verwirklichung Anstrengungen nicht nur der Gesundheitspolitik, sondern auch vieler anderer sozialer und ökonomischer Bereiche erfordert."

Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Alma-Ata, 1978.

Was macht die AfD attraktiv – auch für Wähler der Linken?

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen war Die Linke – mit Ausnahme Brandenburgs – recht erfolgreich. Zu denken gibt aber, dass sie in den drei Bundesländern zusammen 51 000 Stimmen an die Alternative für Deutschland verloren hat. Das sind 6,7 Prozent der Zweitstimmen, die für Die Linke abgegeben worden sind. Sicherlich, die CDU hat in den drei Ländern 69 000 Stimmen an die AfD verloren, bei der FDP waren es 46 000 Stimmen.

Offensichtlich kann die AfD aus recht unterschiedlichen Lagern Stimmen dazu gewinnen. Aber was veranlasst Wähler der Linken hierzu? Motiv für den Wechsel dürfte die Vorstellung einer allgemeinen Bedrohung sein. Bedrohlich erscheint die Globalisierung allgemein, die Ost-Erweiterung der EU, folglich die Zuwanderung von billigen Arbeitskräften, die Zuwanderung von Flüchtlingen, die den Ansässigen die Sozialleistungen streitig machen würden. Oder allgemeiner, die Furcht, nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein. Dieser Furcht kommt die AfD mit ihrem Populismus entgegen. Sie verspricht, die Verteidigung zu organisieren.

Der Begriff des Populismus kann bei der Analyse der AfD weiterhelfen – das aber nicht in seiner unklaren, meist polemischen Alltagsverwendung. Eine recht klare Analyse des Populismus hat Karin Priester in ihrem Buch „Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon“ vorgelegt. Sie schreibt: „Populistische Tendenzen entstehen in ökonomischen und sozialen Umbruchphasen, die politische Desillusionierung und den Verlust des Vertrauens in die Handlungskompetenz der Eliten hervorrufen.“[1] Unter dieser Bedingung könne sich die liberale Demokratie auflösen in ihre Bestandteile: hier liberaler Rechtsstaat, dort Volkssouveränität. „Nach 1945 kam es vor allem den großen Volksparteien zu, diese Synthese zu festigen. Sie wird heute durch vielfältige Krisenerscheinungen brüchig, von denen sich die Populisten vor allem eine zunutze machen: Die alternativlos erscheinende Verwaltung von ‚Sachzwängen‘ die zugleich als Abkapselung eines in sich rotierenden ‚Elitekartells‘ wahrgenommen wird“.[2]

In der Tat: Die Union und die SPD haben sich als Volksparteien, als Allerweltsparteien zum Verwechseln einander angenähert. (Nicht anders die Grünen.) Sie alle sind ein „rotierendes Elitekartell“. Sie werden wahrgenommen als ein Kartell, in dem die Politiker sich machtlos geben gegen-

über den von ihnen als naturgesetzlich behaupteten Sachzwängen. Sie scheinen überzeugt von einer außer- und übermenschlichen Intelligenz des Marktes, vom Wettbewerb[3], den Vorteilen eines uneingeschränkten internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Sie unterwerfen sich der Diktatur der Finanzmärkte, statt diese zu regulieren und einzuschränken. Sie schließen internationale Verträge ab, so das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, und beschränken damit ganz bewusst die poltischen Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Die „Handlungskompetenz der Eliten" geht offenbar dahin, ihre Macht in ihrer großen Idee vom freien Markt, von der internationalen Souveränität großer Konzerne aufgehen zu lassen. Koalitionen, die DIE LINKE eingeht, können in dieselbe Richtung wirken: Denn sie kann nun bei den Wählern in den Verdacht geraten, es „mit denen da Oben" zu halten, also ein Teil zu sein vom „rotierenden Elitekartell". (Damit ist nichts gegen Koalitionen an sich gesagt, entscheidend ist die Praxis einer solchen Koalition.)

Wenn die Demokratie im Sinne Priesters dazu neigt, sich in ihre Bestandteile aufzulösen, dann ist der Populismus vor allem deswegen attraktiv, weil er für sich die Idee der Volkssouveränität in Anspruch nimmt. Unter diesem Gesichtswinkel gibt es auf der linken und auf der rechten Seite „einen Entfremdungsdiskurs, dessen Schnittmenge in der gemeinsamen Ablehnung von Bevormundung und Fremdbestimmung liegt, sei es die der EU, des Kapitals, der Bürokratie, der politischen Eliten".[4] Indem sich die AfD in ihrer Propaganda diesen Aspekt des Populismus zu Eigen macht, stellt sie durchaus richtige Fragen – aber die Antworten sind falsch.

Das erklärte Ziel der AfD ist weniger Bevormundung. Ihre politischen Leitlinien wenden sich gegen „überbürokratische Bevormundung der Bürger durch zahllose Verordnungen und Gesetze" (2), sie befürwortet mehr direkte Demokratie im Rahmen von Volksabstimmungen und –initiativen. Die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit Deutschlands „in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten (dürfe) nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung des Volkes eingeschränkt werden" (6), sie spricht sich aus für das sogenannte Subsidiaritätsprinzip in der EU (8), wonach jede Entscheidung eine Sache der kleinstmöglichen Einheit sein soll, sie bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards (9), womit sie sich gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht wenden will: Der Mittelstand sei „die tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft".(12)[5]

Der Protest der Populisten richtet sich gegen Zentralisierung und Monopolisierung in Wirtschaft im Staat. Dezentral heiß die Parole. Dieser Populismus träumt von einer mittelständischen, auch genossenschaftlichen Wirtschaft. Es ist die Sehnsucht nach einer Idylle, in der alle in überschaubaren Verhältnissen für sich sorgen können, in der es keine machtvollen Großunternehmen gibt und in der sich der Staat zurückhält. Dies lässt sich leicht ergänzen durch die Vorstellung, dass der bedrohlichen Globalisierung zu begegnen sei durch einen übersichtlichen Lebensraum, durch ein gleichförmiges Volk als geordnete Heimat. Der Schritt von dort zu völkischer Ideologie ist kurz – und damit zur Aussonderung von allem, was dann nicht dazu gehören kann, so das „Prekariat", die „Ausländer".

In der politischen Praxis der AfD allerdings sieht das anders aus: So bekam Hans Olaf Henkel den Vize-Vorsitz im Industrieausschuss des Europäischen Parlaments, wahrscheinlich, weil er dort die Interessen der Großkonzerne vertritt. (Henkel befürwortet das Freihandelsabkommen TTIP, obwohl sich die kleinbürgerliche Parteibasis der AfD hierzu deutlich kritisch geäußert hatte.) Auch gegen die Nominierung des britischen Konservativen Jonathan Hill zum Kommissar für Finanzstabilität und Finanzdienstleistungen hatte die AfD keine Einwände. Hill gilt als Lobbyist der Londoner Finanzbranche. Die Bankenrettungsschirme, die die AfD im Zuge der Krise heftig kritisiert hatte, spielen offenbar keine Rolle mehr (AfD-Plakat: „Griechen leiden, Banken kassieren, Deutsche zahlen" oder auch „Basisdemokratie statt Bankenherrschaft")[6].

Wer also AfD wählt, weil er sich von der Globalisierung bedroht, sich ihr schutzlos ausgeliefert sieht, weil er sich gegen Entmündigung wendet, wird enttäuscht werden. Die mittelständische Idylle der AfD, ihr Appell an romantische Gefühle ist ein lausiger Propagandatrick. Überhaupt wundert es, wie sehr alle Parteien warme Worte für den Mittelstand, die Handwerksbetriebe finden. Sicherlich muss eine Partei eine Lösung haben für die Probleme der kleineren Unternehmen (Kreditversorgung, aufgrund von Marktmacht überhöhte Preise auf dem Beschaffungsmarkt und zu niedrige auf dem Absatzmarkt – für die Landwirtschaft besonders bedeutend). Bei der Linken aber darf dies ihr eigentliches Anliegen nicht an den Rand drängen. Denn sie vertritt in der Hauptsache das Interesse derjenigen, die für Lohn arbeiten, die arbeitslos sind, noch nicht arbeiten oder Altersrente bekommen. Es geht um Vollbeschäftigung, Sozialstaat und Lohn, also um die Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts. Es geht ums Arbeitsrecht. Nicht zuletzt hatte Die LINKE 2005 Erfolg angesichts der Hartz IV-Politik von Schröder mit der Parole „Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (WASG)

Beim Ziel, die Konzerne zu entmachten, verfolgte das Godesberger Programm der SPD von 1959 ebenso wie das Grundsatzprogramm des DGB von 1963 eine radikalere Strategie als die Stärkung des Mittelstands oder die Entmachtung der Großwirtschaft durch Wettbewerb: Weil diese Staatsgewalt usurpiert (SPD) bzw. weil sie ihre wirtschaftliche Macht zu „wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken" nutzt (DGB), sollen die Konzerne gegebenenfalls in Gemeineigentum überführt werden. Mittelstand oder mittelständisch findet sich im Godesberger Programm nicht und auch nicht beim DGB. Denn, das hat die FDP ausnahmsweise richtig auf den Punkt gebracht: „Mittelstand ist der Ausdruck einer Geisteshaltung"[7] – wenn nicht Schlimmeres.

Herbert Schui ist Redakteur dieser Zeitschrift

---

1 Karin Priester, Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt/Main 2012, S. 11

2 Ebenda, S. 12

3 Herbert Schui, Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen, Hamburg 2014, hier v.a. Kapitel 3, Der Mythos von Markt und Wettbewerb, S. 34f

4 Ebenda, S. 25

5 Alternative für Deutschland, Mut zur Wahrheit. Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, verabschiedet durch eine Abstimmung der Mitglieder vom 28.4. bis 1.5. 2014. Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf die Randziffern in den Leitlinien.

6 Constantin Braun, Gegen die EU? Mit der EU? Rechter Rand: Die ersten 100 Tage der AfD im Europäischen Parlament, ak - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 598 / 14.10.2014

7 Antrag der FDP im Bundestag vom 8. 2. 2006

Die AfD ist zu schlagen!

Soeben lese ich, dass eine Umfrage zu den Bürgerschaftswahlen der AfD vier Prozent bescheinigt, der LINKEN stabile sieben Prozent. Beide Zahlen sollten uns nicht in Ruhe wiegen, auch wenn sich zeigt, dass die politische Aufklärung über die AfD in Hamburg vielleicht nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Schlagzeilen bietet die AfD nicht wenige. Da ist ein nicht enden wollendes Gerangel unter den Spitzenfiguren: Lucke gegen Gauland, Gauland gegen Henkel, Henkel gegen die „Ideologen, Karrieristen und Verschwörungstheoretiker" in der AfD. Auch in Hamburg geht einiges ab. Da bejubelt die AfD-Aktive Tatjana Festerling die neonazistische Randale in Köln und wird dafür von ihrer Hamburger Parteispitze, die vor den Bürgerschaftswahlen ihren Laden „sauber" halten will, mit Ausschluss bedroht. Jetzt steht auch fest, dass mindestens ein Hamburger AfDler (mit Namen Claus Döring) bei den Neonazis in Köln mitgemischt hat. Da treten gleich reihenweise Mitglieder des Hamburger AfD-Landesvorstandes zurück, weil der Hamburger AfD-Chef Jörn Kruse, ebenfalls der rechten Hamburger Professorenclique angehörend, mit einer Reihe ehemaliger „Schillianer" Delegiertenplätze und die eigene Kandidatenaufstellung auskungelt hat. Überhaupt ist die Hamburger AfD so etwas wie eine „Schill-Nachfolgepartei".

In drei Hamburger Bezirksversammlungen ist die AfD mit je zwei Gewählten vertreten, können also keine Fraktion bilden. Das ist in Eimsbüttel, Nord und Bergedorf der Fall. In Harburg (3), Wandsbek (3) und Mitte (4) sind sie in Fraktionsstärke vertreten und stellen in Harburg sogar einen Ausschussvorsitzenden.

Zum Auftreten der AfD in den Hamburger Bezirksversammlungen kann nicht viel gesagt werden. Die AfD ist sichtlich darum bemüht, sich vorerst ein „seriöses" Image zu geben, damit man im „liberalen" Hamburg und vor den Wahlen nicht übermäßig aneckt. Man gibt sich als Interessenvertreter des Mittelstands, der durch Europa und die herrschenden Parteien „bedroht" und „abgeschrieben" zu werden droht. Die CDU verrate das Erbe Adenauers und Erhards und sei unter Merkel zu einer „sozialdemokratischen" Partei geworden. Gegenüber den Hamburger LINKEN gibt sich Jörn Kruse kämpferisch, ihnen will er die „meisten Stimmen" abjagen. Macht man sich so bei den etablierten Parteien beliebter? Andererseits gibt es auch plumpe Anbiederungsversuche, so z. B. wenn der Eimsbütteler AfD-Abgeordnete die TTIP-Broschüre der LINKEN überschwänglich lobt und mich fragt, ob ich ein Exemplar für ihn übrig hätte.

Hatte ich nicht.

In ihren Anträgen an die Bezirksversammlung kommt die AfD „bürgerlich" und „bodenständig" daher. So wünschte sie sich in Eimsbüttel einen Ehrenpreis für MitbürgerInnen, die sich für ihre Mitmenschen verdient gemacht haben. Offenbar wusste man nicht, dass es bereits einen Eimsbütteler Bürgerpreis gibt. Dann, schon etwas bezeichnender, will man in einer Anfrage wissen, ob drei Wohnungen in der Kieler Straße zum Zwecke der Prostitutionsausübung genehmigt seien, handele es sich bei diesen Adressen doch nicht um ein Gewerbegebiet.

Es ist wohl klar, dass die AfD kommunalpolitisch nichts auf der Pfanne hat und sich auch keiner größeren Mühen unterzieht. Ihr fehlen die Kompetenzen, daran etwas zu ändern. Die Auseinandersetzungen, das ist meine Einschätzung, werden sich nicht auf kommunalpolitischem Feld erstrecken, sondern um Fragen, die im Bürgerschaftswahlkampf eine Rolle spielen und auf die Bezirkspolitik Auswirkungen haben. Ein besonderes Steckenpferd wird wohl das Thema „Bürgerbeteiligung" sein. Ein Bürgermeister, der mit Bezirksdemokratie und Bürgerbeteiligung nichts am Hut hat, spielt dem sicher in die Hände. Hier muss die LINKE zeigen, dass sie wirkliche Bezirksdemokratie und Bürgerbeteiligung will und dies durch engagierte Mitarbeit an den Projekten zum Wohnungsbau und zur Stadtplanung unter Beweis stellt. Das sollte uns eigentlich nicht schwerfallen.

In den bevorstehenden Wahlkämpfen und überhaupt in unserer Öffentlichkeitsarbeit sollten wir jedoch die programmatische und personelle Nähe der AfD zu fundamentalistischen, völkisch-nationalen und rechtsradikalen Positionen und Gruppierungen deutlich machen.

Hartmut Obens ist Redakteur dieser Zeitschrift

Menschenwürdig sieht anders aus

Ob Zeitungen, Fernsehen, Radio, Internet oder Soziale Netzwerke, überall ist das furchtbare Elend vieler Menschen auf dieser Welt sichtbar. Kriege, Armut oder Naturkatastrophen zwingen die Menschen in die Flucht, zur Suche nach einem neuen Zuhause. Während die meisten von uns sich die Leidensgeschichte vieler dieser Menschen kaum vorstellen können, meinen einige hierzulande zu wissen, warum Asylsuchende nach Europa, Deutschland und Hamburg kommen. Deutschland würde gerne als das gelobte Land für Asylsuchende propagiert, die Flüchtlinge wollten sich in „unserer Sozialen Hängematte“ breit machen; eigentlich gehe es ihnen daheim ja gut genug.

Wie perfide die Politikpropaganda sein kann, veranschaulicht der kürzlich beschlossene „Asylkompromiss“.

Der in der Öffentlichkeit als Kompromiss verkaufte Deal, Mazedonien, Serbien und Bosnien- Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten anzuerkennen (in die abgeschoben werden kann) und dafür Asylsuchenden das Arbeitsrecht früher zu gewähren als bisher, ist ein Beispiel dafür, wie die Parteien von CDU, CSU, SPD und Grüne ein Recht gegen das andere ausspielen und damit einen hilfesuchenden Menschen gegen den anderen. Es wird deutlich, wie wenig ihre Asylpolitik von einer tatsächlichen solidarischen Weltgemeinschaft und Willkommenskultur geprägt ist.

Die große Koalition liefert, wie vorherige Regierungen, Waffen in alle Welt und trägt zu den Fluchtursachen bei. Währenddessen wird der hiesigen Bevölkerung die „das Boot ist voll-“ oder „wer betrügt, der fliegt-“ Propaganda verkauft. Die Mitschuld der Bundesregierung an den Fluchtbewegungen durch Zerstörung lokaler Märkte, durch Klimawandel, Land Grabbing oder eben durch Waffenlieferungen wird kaum infrage gestellt oder gar skandaliert.

Hier in Hamburg wird die Mitschuld an den Fluchtursachen, an der Abschiebe-Maschinerie und an fehlenden Unterkünften für Flüchtlinge unter dem Deckmantel der Willkommenskultur versteckt. Parteimitglieder, Bezirksversammlungsmitglieder oder Bürgerschaftsabgeordnete treten als hilfsbereite, verständnisvolle Aktive für die Flüchtlinge vor Ort auf. Es werden Feste veranstaltet, Kinder betreut, es wird gespendet und gesammelt. Diese Fassade wird dann gerne medienwirksam verbreitet, um die eigene Partei als Partei des Miteinander, der Willkommenskultur, der Solidarität anzupreisen. Doch warum gibt es keinen Aufschrei von diesen Parteien, wenn ganze Familien über Nacht aus den Unterkünften verschwinden? Wo bleibt die Empörung, wenn die Kinder, mit denen gestern noch gespielt wurde, heute nicht mehr da sind? Wo bleibt die Auseinandersetzung mit der eigenen Politik und der Mitwirkung an den menschenverachtenden Gesetzen und den daraus resultierenden Folgen für die Flüchtlinge? Es wird hingenommen!

Mag sein, dass die eine oder andere nicht ganz glücklich damit ist, aber die Politik des Weiter so bleibt. Die Abschiebe-Maschinerie geht weiter, während vor der Festung Europa im Mittelmeer Menschen weiterhin ertrinken. Während in Nacht- und Nebel-Aktionen ganze Familien aus dem Schlaf gerissen und abgeschoben werden. Ein Umdenken gibt es nicht.

Schon lange war erkennbar, dass die Zahl der Flüchtlinge in Anbetracht der politischen Entwicklungen u.a. in Syrien, Irak und des seit 12 Jahren andauernden Krieges in Afghanistan steigen werden. Schon lange wies die LINKE auf die Schwachstellen und auf Planungs- und Konzeptlosigkeit hin. In die Bezirksversammlung Eimsbüttel brachten wir als Linksfraktion schon im September 2013 einen entsprechenden Antrag ein und forderten ein Konzept. Während in ganz Hamburg tausende Wohnungen und Büros leer stehen, werden Flüchtlinge in Massenunterkünften, Containern und Zelten eher verwaltet als untergebracht. Menschenwürdig sieht anders aus.

Während 51 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind, versteckt sich Europa hinter meterhohen Zäunen und schaut zu, wie Menschen auf ihrem Fluchtweg ertrinken. Wie passt das mit den demokratischen Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit zusammen, die hier von der Gesellschaft so hochgehalten werden? Artikel 14, Abs. 1, der Menschenrechtskonvention besagt: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

DIE LINKE steht im Gegensatz zur SPD, CDU, FDP, GRÜNEN, von der AfD ganz zu schweigen, für eine andere, ehrliche Willkommenskultur. Wir stehen für menschenwürdiges Wohnen und Leben und ein Bleiberecht für Asylsuchende. Wir helfen nicht nur aktiv vor Ort in den Unterkünften, wir wollen, dass den Flüchtlingen nicht nur eine „schöne Aufenthaltszeit“ in Hamburg angeboten wird, bis sie schnellstmöglich wieder abgeschoben werden. Wir kämpfen auf allen Ebenen, parlamentarisch wie außerparlamentarisch für die Rechte von Flüchtlingen. Wir wägen nicht das eine Recht gegen das andere ab.

Zaklin Nastic ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel
Redetext

Mit oder gegen die Schuldenbremse

Ver.di-Veranstaltung gegen die „Schuldenbremse“

Die Einladung zu dieser ver.di-Veranstaltung am 26. August richtete sich, wie Sabine Meyer bei ihrer Begrüßung betonte, auch und besonders an die VertreterInnen der Bezirkspolitik. Wenige kamen, immerhin war die LINKE durch einige Fraktionen vertreten.

Durch die Schuldenbremse seien die Bezirke in Hamburg stark unter Druck geraten, mit Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger: „Welche Auswirkungen hat es, wenn in Folge von Einsparungen wesentliche Kompetenzen, zum Beispiel im Bereich Hochbau im Bezirk, nicht mehr vorgehalten werden? Ist es wirklich besser und günstiger, Aufgaben etwa im Bereich Straßenbau nicht mehr selbst zu erfüllen?“ (Einladungstext). Ver.di habe sich dazu Gedanken gemacht. Der ehemalige Leiter einer bezirklichen Hochbauabteilung berichtete darüber, wie sich durch die Ausgliederung und den Verlust an Sachverstand durch die Hochbaudienststellen die Kosten verlagert hätten und dass dies schließlich zu einem Mehr an Ausgaben geführt habe. Natürlich nicht im Personaletat, sondern im Sachmittelbereich. Dieses und andere Beispiele konnten den überzeugenden Beweis antreten, dass die Schuldenbremse letztlich weder Ausgaben einspart und schon gar nicht die Qualität und Nachhaltigkeit bezirklicher Dienstleistungen verbessert. Das Gegenteil ist der Fall. Die Schuldenbremse ist eine Mogelpackung - zu Lasten des Personals in den Bezirksverwaltungen und der BürgerInnen in den Bezirken.

Die Botschaft von ver.di an die Bezirkspolitik: Lernt von diesen Beispielen und fasst kluge Beschlüsse, bürgernahe Dienstleistungen nicht zu privatisieren und - besser noch - zu rekommunalisieren!

Ver.di stößt mit dieser Botschaft bei den LINKEN offene Türen ein, wie sich auch in der Diskussion herausstellte. Von CDU und SPD wurden keine Stimmen vernommen, die GAL-Vertreterin blieb im „Wir würden ja gerne, aber...“ stecken.

Also alles wie gehabt? Ja und Nein. Ver.di und Personalräte führen nach wie vor den Kampf gegen Personalabbau und Mittelkürzungen, das ist der Alltag. Die Scholz-Politik wird den Weg der Kürzungspolitik ohne Kompromisse weitergehen, getrieben vom schäubleschen Ehrgeiz, so schnell wie möglich eine „schwarze Null“ zu erreichen. Das ist den Akteuren bewusst. Der Ausweg? Rekommunalisierungschancen nutzen, ohne Scholz und der SPD im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf in den Arm zu fallen. Wie geht das? Indem die Erfolge von Rekommunalsierungen mit dem Rechenstift ermittelt und nachgewiesen wurden, nicht aber durch den Kampf gegen die Schuldenbremse, sondern durch das aktive Zusammengehen von BezirksmitarbeiterInnen und betroffenen BürgerInnen?

Ich will die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer betriebswirtschaftlichen Beweisführung von Rekommunalisierungprojekten nicht kleinreden. Aber dieser Kampf darf sich nicht darauf reduzieren lassen, er muss auch die politischen Alternativen zur Politik der Schuldenbremse aufnehmen. Und dass meine Wahrnehmung nicht getrübt ist, erklärte auch die Anwesenheit von Ulf von Krenski, dem Leiter des Projekts „Bezirksverwaltung 2020“, dem großen Raum für die Darstellung des Projekts und seine Ziele eingeräumt wurde. Seine Kurzformel: „Rekommunalisierung? Warum nicht - wenn es sich rechnet?“ Die Frage ist nur, wer hat die Interpretationsmacht darüber, was sich „rechnet“ ? Wie „rechnet“ der Senat unter Scholz und Tschentscher? Die Wahrheit ist: Zehn Prozent ihrer noch 6000 Stellen sollen Hamburgs sieben Bezirksämter bis 2020 abbauen, um dem Spardiktat des SPD-Senats zu entsprechen. Das ist ein brachialer Personalabbau und dagegen muss sich ver.di aufstellen -nicht mit „betriebswirtschaftlichen“ Strategien, sondern mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes!

In Hamburg als Einheitskommune befinden sich die Bezirke allemal am Gängelband des Senats, sie haben in punkto Personal- und Sachmitteletat weder eigenständige Möglichkeiten noch hinreichende Spielräume, und die wenigen, die noch verblieben sind, will das Projekt 2020 auch noch zur Strecke bringen. In seiner Studie „Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Haushalte ausgewählter Bundesländer und ihrer Gemeinden“ kommt Dieter Vespers ver.di-Expertise zu dem Ergebnis, dass der Hamburger Finanzplan derart undurchsichtig ist, dass anhand der „ veröffentlichten Informationen ... es nicht möglich (ist), jene Bereiche zu identifizieren, in denen es zu weiteren Kürzungen kommen wird.“

Also: Es wird weitere Einschnitte geben, weitere sozialpolitische Grausamkeiten wird der Scholz-Senat in taktisch günstigen Momenten aus der Schublade ziehen. Ich denke, es wird sich nicht „rechnen“, sich dagegen mit betriebswirtschaftlichen Rechenexempeln zur Wehr zu setzen.

Hartmut Obens ist Redakteur dieser Zeitschrift

Kindeswohlgefährdung durch die Fachbehörde

Untersuchungsausschuss „Yagmur – Kinderschutz in Hamburg“

Im Dezember 2013 starb die dreijährige Yagmur an den Misshandlungen in ihrem Elternhaus in Billstedt. Trotz der intensiven Beteiligung von diversen Einrichtungen der öffentlichen Erziehung konnte ihr Tod nicht verhindert werden. Yagmur ist nicht das erste Kind, das unter den Augen staatlicher Stellen in Hamburg gestorben ist:

- 2004 starb die zweijährige Michelle völlig verwahrlost in der Wohnung ihrer Eltern in Lohbrügge,
- 2005 starb die siebenjährige Jessica aus Jenfeld an Unterernährung,
- 2009 starb die neun Monate alte Lara Mia aus Wilhelmsburg,
- 2012 starb in Wilhelmsburg die elfjährige Chantal an einer Vergiftung mit der Ersatzdroge Methadon.

Die Reaktionen der jeweiligen Senate und eines großen Teils der Opposition waren immer gleich: Ein Schrei nach Aufklärung, um dann am fortwährenden Ausbau von Kontrolle und Dokumentation zu arbeiten. Der augenfälligste Ausdruck dieser Politik ist die Einführung der Software JUS-IT, die bis heute über 130 Millionen Euro gekostet hat und mit deren Handhabung die Mitarbeitenden der Jugendämter den größten Teil ihrer Zeit verbringen statt sich um die Hilfen für Kinder und ihre Familien kümmern zu können.

So wiederholt sich auch jetzt wieder das gleiche Ritual. Statt eines Sonderausschusses gibt es seit dem Frühjahr 2014 einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA), in dem die Abgeordneten und Richter gleich in detaillierten Befragungen herauszufinden versuchen, wer im ASD wann welchen Fehler begangen hat, um ja einer individuell schuldigen Person habhaft werden zu können - mit der Funktion nicht das ganze System Jugendhilfe auf den Prüfstand stellen zu müssen. Parallel bastelt die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) an weiteren Anordnungen, um das Handlungskorsett des ASD noch enger zu schnüren und sich selbst besser abzusichern.

Ein fachlicher Diskurs findet dabei kaum statt, weder in der Fachbehörde noch offenkundig im Ausschuss. In der Steuerungsgruppe Jugendhilfe der BASFI treffen sich regelmäßig die Staatsräte der Finanzbehörde und der BASFI mit den Bezirksamtsleitern und stellen die „fachlichen“ Weichenstellungen für die Jugendhilfe, selbstverständlich auch mit Blick auf die Anforderungen der Schuldenbremse. Die von den LINKEN geforderten drei Expertenanhörungen wurden im PUA dementsprechend zu einer Sitzung zusammen geschnürt.

Deshalb ist es besonders wichtig, immer wieder gegen das Mehrheitsinteresse des „Haltet den Dieb“ den Blick auf systematische fachliche Entwicklungen in der Jugendhilfe zu lenken und die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage von Familien und Lebenslagen von Kindern sowie Arbeitsplatzsituation und Arbeitsqualität im ASD zu thematisieren.

Die vielen Überlastungsanzeigen der SozialpädagogInnen der letzten Jahre sowie die häufigen fachlichen Hinweise extern hinzu gezogener ExpertInnen auf notwendige Unterstützungsmaßnahmen zu ignorieren, ist die eigentliche Kindeswohlgefährdung durch die Fachbehörde.

Im PUA wurde deutlich, dass im Fall Yagmur die jeweils zuständige Fallführende Fachkraft (FFK) mindestens zehn verschiedene Institutionen gleichzeitig vernetzen, mit Informationen „bedienen“ und Informationen abfordern musste. Alle zehn parallel agierenden Institutionen verwiesen die Verantwortung an den ASD. Gleichzeitig wird von der verantwortlichen Sozialarbeiterin verlangt, die Familie so gut zu kennen, dass sie Gefährdungen für das Kind sensibel einschätzen kann und damit rechtzeitig hätte reagieren können.

Der PUA hat unter anderem gezeigt, dass der ASD teilweise völlig überlastet und defizitär agieren musste. Das war fatal! Der ASD hat für das Wohl der Kinder dieser Stadt eine zentral wichtige Rolle inne. Entsprechend muss er so ausgestattet sein, dass jede Fachkraft zeitlich und qualitativ in der Lage ist, diese Aufgabe auch verantwortlich wahrnehmen zu können!

In diesem Sinne wird die LINKE einen eigenen Abschlussbericht des „Falles Yagmur“ vorlegen, der dem offiziellen Bericht scharf widerspricht.

Mehmet Yildis, Fraktion Die LINKE, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft,
Karoline Korring, Fraktionsmitarbeiterin
Ronald Priess, Fraktionsmitarbeiter

Kein Regieren um jeden Preis

Bei den jüngsten Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und in Brandenburg war die Wahlbeteiligung historisch niedrig. DIE LINKE konnte diesem Trend nicht entgegenwirken. In allen drei Ländern verlor sie Stimmen an die Nichtwähler und die AfD. Deren Erfolg bedeutet eine Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts.

Das Brandenburger Ergebnis der LINKEN ist nicht überraschend: Wenn man sich vergangene Erfahrungen anschaut, stellt man fest, dass DIE LINKE als Regierungspartei nie neue Wählerinnen und Wähler oder gesellschaftliche Verankerung gewinnen konnte – im Gegenteil: In Mecklenburg-Vorpommern verlor die PDS im Jahr 2002 nach vier Jahren rot-roter Regierung acht Prozentpunkte, in Berlin 2006 mehr als neun Prozentpunkte. In diesen Trend fügt sich nun Brandenburg ein.

DIE LINKE. Brandenburg hat in ihrer Regierungszeit zahlreiche Bürgerinitiativen vor den Kopf gestoßen, die sie zuvor als Oppositionspartei noch tatkräftig unterstützte - wie zum Beispiel die Initiativen gegen neue Braunkohle-Tagebaue und gegen Kohlendioxid-Verpressung. Nicht von ungefähr hat die Partei in den Braunkohlegebieten im Süden Brandenburgs mit elf bis dreizehn Prozentpunkten überdurchschnittlich verloren.

DIE LINKE war kein verlässlicher Partner im Kampf für das Nachtflugverbot, gegen Fluglärm und den Baufilz-Skandal am Flughafen BER. Die wenigen Verbesserungen, die unter den gegebenen Machtverhältnissen möglich sind, lassen sich nur mit außerparlamentarischem Widerstand auf der Straße und in Betrieben erkämpfen. Dass dies möglich ist, zeigte sich bei den Flüchtlingsprotesten in Berlin und Hamburg, beim Energie-Volksbegehren in Hamburg oder beim Volksentscheid für den Erhalt des Tempelhofer Felds in Berlin.

Die Frage, ob sich DIE LINKE an einer Regierung beteiligt, wird sich auch in Zukunft immer wieder stellen. Dabei steht die Partei vor der Herausforderung, weder in eine unkritische, bedingungslose Regierungsbeteiligung zu schliddern, noch sich von den Hoffnungen und Wünschen der Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler abzuschneiden. Viele vom ihnen sehen DIE LINKE als Kraft für einen parlamentarischen Politikwechsel an und befürworten einen Regierungseintritt.

In Hessen haben wir nach den letzten Landtagswahlen diese Herausforderung recht gut gemeistert. Wichtig war dabei, den Wählerinnen und Wählern den Drahtseilakt nachvollziehbar zu machen: dass DIE LINKE einen Politikwechsel will, Regieren aber kein Selbstzweck ist.

DIE LINKE in Hessen hatte klar beschlossen, dass sie nie von ihren Grundbedingungen ‚kein Stellenabbau, kein Sozialabbau und keine Privatisierungen' abrücken wird. Sie hat sich den Sondierungsgesprächen nicht verweigert, sondern in den Gesprächen diese Haltelinien vertreten. Die Frankfurter Neue Presse berichtete: DIE LINKE verweigere „standhaft Kompromisse bei den Personalkosten, während sich SPD und Grüne einig sind, dass es ohne Einschnitte in den Bestand der Landesbediensteten keine Konsolidierung geben kann."

Genau so sind die roten Haltelinien im Erfurter Programm der LINKEN formuliert: »DIE LINKE strebt nur dann eine Regierungsbeteiligung an, wenn wir damit eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können. «

DIE LINKE in Brandenburg hat im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen keine Haltelinien definiert. Und damit nicht transparent gemacht, was für sie nicht verhandelbar ist.

Dementsprechend gestaltet sich der Koalitionsvertrag: Er sieht eine Fortsetzung der Vattenfall-freundlichen Braunkohlepolitik vor, die im Gegensatz zu einer linken Klimapolitik steht. Im Gegenzug zu mehr Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern stimmt DIE LINKE einem Lob auf den Verfassungsschutz und einer Kreisgebietsreform zu, die umstritten ist.

In Thüringen, wo sich viele Hoffnungen auf Bodo Ramelow konzentrieren, steht alles unter dem Vorbehalt des Kassensturzes. Das Land hat 16 Milliarden Euro Schulden. Ein Viertel der Kommunen hat keinen Haushalt. Angesichts dessen ist der Spielraum für linke Politik sehr eng.

Die entscheidende Frage wird sein, an welcher Stelle und wie sich eine rot-rot-grüne Landesregierung einem solchen Druck verweigert.

Eine linke Regierungsbeteiligung darf es nicht um jeden Preis geben. Sie ist nicht das kleinere Übel zu einer großen Koalition. Denn wenn DIE LINKE als Oppositionskraft ausfällt, überlässt sie rechte Parteien wie der AfD das Feld.

Die gegebenen Verhältnisse können wir aber nur als sichtbares Rückgrat von außerparlamentarischen Bewegungen, Initiativen und Streiks verändern. Dazu kann die Begleitung durch parlamentarische Arbeit eine große Hilfe sein. Aber unsere politische Arbeit als LINKE darf nicht durch Regierungsbeteiligung behindert oder unmöglich gemacht werden. Auch die AfD können wir nur dann stoppen, wenn wir glaubwürdig bleiben und für unsere sozialen Grundsätze einstehen.

Christine Buchholz ist für DIE LINKE Mitglied des Bundestages

Den Krieg aus dem Leben der Völker verbannen

Bericht vom Zivilklauselzukunftskongreß 2014 in Hamburg

Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahren führten Bertelsmann, Handelskammer und die neoliberalen Parteien, gegen den Protest von Hochschulmitgliedern, die „unternehmerische Hochschule“ ein. Sie wollten für die Standortkonkurrenz die Wissenschaften entseelen, die Hochschulen der Verwertungslogik unterjochen und sie zu Produktionsstätten billigen Humankapitals deformieren. Dazu treten die Hochschulmitglieder, die der Erkenntnis- und Wahrheitssuche verpflichtet sind und (damit) das Wohl der Menschen verbessern wollen, in immer höheren Widerspruch: schlaudumm oder aufgeklärt? Dies spitzt sich besonders in den Fächern zu, bei denen wissenschaftliche Erkenntnisse für das Geschäft mit dem Tod, für Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerien, begrenzt und deformiert werden sollen.

Um gegen diese Indienstnahme und Pervertierung vorzugehen und die friedenschaffenden, aufklärenden und emanzipatorischen Potentiale von Forschung und Lehre zu beraten, kamen Ende Oktober 2014 rund 150 Vertreter aus Studierenden-, Gewerkschafts- und Friedensbewegung auf dem Zivilklauselzukunftskongreß „Für eine Wissenschaft und Kultur des Friedens“ an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg zusammen, eingeladen von einem Bündnis aus Wissenschafts- und Zivilklauselinitiativen, ASten, von GEW und lokalen wie bundesweiten Friedensorganisationen.

Diskutiert wurde, welche Dynamik die einzelnen Wissenschaftsbereiche entfalten können, wenn sie aufbauend auf den historischen Kämpfen um Würde, Demokratie und Emanzipation zu Wissenschaften für den Menschen werden – also Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft gegen die aktuelle Betriebswirtschaftslehre.

Es geht darum, daß ProfessorInnen wie Studierende, Lehrende wie Mitarbeitende keine dienstbaren Zwerge im Dienste der Profitheckerei sind, sondern sich als Wissenschaftssubjekte begreifen, die an der Lösung gesellschaftlicher Probleme arbeiten:

Eine kritische Sozialarbeitswissenschaft zum Beispiel kann in Gegnerschaft zum sozialdarwinistischen Menschenbild des „Wolfes“ und der „Natürlichkeit“ der Konkurrenz die Ursachen der sozialen Ungleichheit erforschen und Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Überwindung kenntlich machen – im Einsatz gegen Hartz IV als System staatlicher Ungleichmacherei.

Eine humanistische Medizin muß für einen ganzheitlichen Gesundheitsansatz, der mehr als die Abwesenheit von Krankheit ist, und eine auf Prävention und Heilung gerichtete Wissenschaft die „Patienten“ als Persönlichkeiten und Subjekte begreifen und nicht als eine Ansammlung von Organen oder schlicht als Geldbeutel. So könnte – in öffentlich finanzierten und nicht privatisierten Krankenhäusern – die Katastrophe der Ebola-Epidemie besiegt werden.

Diese Orientierung gilt auch für die technischen und naturwissenschaftlichen Bereiche, etwa zur Bekämpfung des Hungers oder der Umweltverschmutzung statt Drittmittelaufträge der Rüstungs-, Pharma- und Chemiewirtschaft.

Dies alles kann durch die Einführung von Zivilklauseln (Wissenschaft ausschließlich für zivile Zwecke) befördert werden.

Beim Kongreß wurde auch klar: Um dies zu ermöglichen, muß die gescheiterte und bundesweit immer mehr in Frage gestellte „unternehmerische Hochschule“ überwunden und das Studium durch eine Ausweitung der begonnenen Studienreform vom restriktiven Bachelor/Master-Schmalspurstudium befreit werden. In Anlehnung an die ‚68er Errungenschaften geht es um eine Renaissance und Erweiterung der sozial offenen und demokratischen Gruppenhochschule, in der alle Mitglieder kollegial und kooperativ, in guten Arbeitsbedingungen und sozial abgesichert über die Ausrichtung von Forschung und Lehre demokratisch entscheiden. Weiter muss die politisch gewollte Unterfinanzierung beendet, die Schuldenbremse abgeschafft und Bildung, Wissenschaft und Kultur bedarfsgerecht und öffentlich finanziert werden. Dabei kommt es auf alle an.

Echte Verbesserungen beginnen aufgeklärt, rational und organisiert. In gesellschaftlicher Opposition zu TINA („there is no alternative“, Margret Thatcher und andere) und zum propagierten 89er Dogma vom „Ende der Geschichte“ engagiert sich die Zivilklauselbewegung zusammen mit anderen Aktiven aus Wissenschaft und Gesellschaft für ein Ausbrechen aus der engen „Normalität“. Eine neue Kultur der Kooperation und Solidarität ist die befreiende Alternative. Es geht darum, dass die Menschen sich ihrer historischen Bedeutung, ihrer Ansprüche und Interessen im Sinne der „99 Prozent“ bewusster werden, sich zusammenschließen und ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen. Gemeinsam verbannen wir den Krieg als schärfste Form der Konkurrenz aus dem Leben der Völker.

Johanna Zimmermann ist Mitglied im Arbeitskreis Friedenswissenschaft an der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg (HAW) und im SDS HAW.

Dressur zur Mündigkeit?

Für die Verwirklichung der UN Kinderrechts-Konvention statt Überwachen und Erniedrigen in den Grauzonen der Hilfen zur Erziehung

In der hegemonialen Öffentlichkeit hat sich inzwischen der Eindruck durchgesetzt, dass mit den beiden Runden Tischen zur Aufarbeitung der Heimerziehung in West und Ost alles wieder in bester Ordnung sei. Dass das nicht der Fall ist, sondern dass hinter modernistisch klingendem Vokabular weiterhin Kinder und Jugendliche in öffentlicher Erziehung drangsaliert werden, dagegen ruft der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg (AKS HH) zu einer bundesweiten Kampagne auf. Daraus sind die folgenden Auszüge entnommen.

Manfred Kappeler zieht aus den Runden Tischen Heimerziehung folgendes Fazit: „Zuerst das Positive: der Kampf der ehemaligen Heimkinder und ihrer UnterstützerInnen hat sich gelohnt und lohnt sich immer noch, weil das jahrzehntelange Schweigen über die Gewalt, der Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung ausgesetzt waren, gebrochen werden konnte..... Nun das Negative: Die Jugendhilfe hat sich im Ganzen ihrer Vergangenheitsschuld nicht gestellt. Das bedeutet auch, dass sie die Chance, aus der kritischen Selbstreflexion der ‚dunklen Seite' ihrer Geschichte für die Gegenwart und für die Zukunft zu lernen, weitgehend nicht genutzt hat. Die in vielen Bundesländern wieder praktizierte ‚geschlossene Unterbringung' von wieder als ‚verwahrlost und schwersterziehbar' definierten Kindern und Jugendlichen ist ein Beispiel dafür" (Kappeler 2013:30).

Dass aus Heimkarrieren unter den Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG/SGB VIII) Maßnahmen-Karrieren geworden sind, ist bekannt. Bekannt ist auch, dass am Ende beider Karrieren die geschlossene Unterbringung stand und steht. Sah es in den achtziger Jahren so aus, als würde die geschlossene Unterbringung insgesamt abgeschafft und sah das neue KJHG dieses Instrument ausdrücklich nicht vor, so hat sich die Zahl der geschlossenen Unterbringungsplätze in den letzten 20 Jahren von circa 125 auf knapp 400 mehr als verdreifacht. Es ist mit einer weiteren Steigerung der Plätze sowie einer weiteren öffentlichen Akzeptanz dieser Ausschließung zu rechnen.

Das Ziel, die geschlossene Unterbringung abzuschaffen, ist unter diesen Umständen noch schwerer zu erreichen als bislang. Es ist deshalb notwendig, nicht nur diese selbst zu untersuchen und zu kritisieren, sondern auch alle Prozesse und Verfahren bzw. Technologien, die das Feld für die geschlossene Unterbringung vorbereiten und für ständigen Nachschub sorgen. Aus dieser Perspektive ist die geschlossene Unterbringung ein Produkt der gesamten Jugendhilfepolitik, insbesondere aber der versäulten Hilfen zur Erziehung: Es gibt keine schwierigen Jugendliche, es gibt schwierige Entscheidungssituationen, in denen Fachkräfte sich nach einer in der Regel heftigen Eskalation gezwungen sehen, sich für eine geschlossene Unterbringung zu entscheiden, weil ihnen keine Alternativen zur Verfügung stehen. An dieser hegemonialen Praxis ist also anzusetzen, will man die geschlossene Unterbringung wirklich abschaffen.

In diesem Zusammenhang gibt es eine bislang im wis-

Aufruf des Arbeitskreises Soziale Arbeit Hamburg

Um einen Eindruck davon zu gewinnen und sichtbar machen zu können, in welchem Ausmaß in der BRD menschenrechtswidrige Stufen- und Phasenprogramme verfeinert werden, in denen Kinder und Jugendliche Objekte herrschaftlichen Handelns sind, rufen wir alle Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit und vergleichbare Initiativen auf, in ihrer Stadt bzw. ihrem Bundesland die Hochglanzbroschüren und eindrucksvollen Internetauftritte von Trägern der Hilfen zur Erziehung danach zu untersuchen, ob sie derartige Stufenvollzüge praktizieren. Dabei könnte zugleich auch eine Erhebung zu den verschiedenen Terminologien gemacht werden, damit der Übergang von „einfacher" Dressur und Erniedrigung zu „modernisierter" besser zu durchschauen ist.

Wer sich an diesem Projekt beteiligen möchte, wende sich bitte an den Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg: aks-hamburg@gmx.de.

senschaftlichen und fachpolitischen Diskurs kaum beachtete, in der Praxis aber mittlerweile vorherrschende Technologie: die des „Stufen-Vollzuges“ oder des „Phasen-Modells“. Dieses Konzept – inspiriert von den Bootcamps in den USA und behavioristischen Dressurexperimenten – fußt auf entwürdigenden und stigmatisierenden Degradierungs-Zeremonien, auch wenn findige Professionelle für deren Bezeichnung ständig neue Vokabeln erfinden.

Der Arrest heißt jetzt Time-out Raum, Knebelungen heißen „Begrenzungen“ und die Modernisierung der heutigen Erniedrigungen erfährt im Vokabular der konfrontativen Pädagogik eine wissenschaftliche Legitimation. So können schon Kinder in Tagesgruppen wütend angeschrien und fertig gemacht werden, wenn sie sich den normativen Anforderungen der Institution nicht unterwerfen (Herz 2005).

Die Grundform dieser Praxis ist jedoch immer die gleiche und mittlerweile nicht nur in stationären, sondern auch in teilstationären (Tagesgruppen) und ambulanten Formen der Disziplinierung (vor allem in den Anti-Aggressions-Trainings) zu finden: In der Eingangsstufe A oder der Eingewöhnungsphase werden den Eintretenden die Verhaltensvorschriften für diese neue Situation bekannt gemacht, einschließlich der dazugehörigen Sanktionen, wenn sie nicht eingehalten werden, bzw. der Belohnungen, wenn man sich den vorgeschriebenen Regularien unterwirft. Diese sind

immer besonders belastend und entwürdigend, schränken sie doch die Bewegungsfreiheit, Kommunikation und soziale Kontakte ein, verbieten Genussmittel, reglementieren die freie Wahl der Kleidung oder erfinden andere Schikanen, die als pädagogisch notwendige Strukturierung getarnt werden.

Nach „erfolgreicher“ Anpassung wird in der Stufe B oder der Orientierungsphase der Regelkatalog gelockert, so dass die „Probanden“ in ihrem Interesse an Erleichterungen angesprochen werden. Bei Regelverstößen ist eine Rückkehr auf die vorherige Stufe oder Phase verbindlich vorgeschrieben.

Die Endstufe C oder eine entsprechend charakterisierte „Normalphase“ enthält weitere Vergünstigungen, sofern man sich an die jetzt zwar noch weiter gelockerten, aber noch immer eingrenzenden Bestimmungen des Settings hält. Auch hier ist bei Verstößen eine Rückstufung auf Stufe/Phase B möglich und üblich.

Derartige Stufenprogramme widersprechen grundlegenden Menschenrechten und sind nicht mit der Kinderrechtskonvention der Vereinigten Nationen zu vereinbaren (BMFSJ 2007). Da dieses Recht unmittelbare Gültigkeit in der BRD hat, müssen Einrichtungen, die mit derartigen Degradierungszeremonien arbeiten, abgeschafft werden oder zumindest gezwungen, ihre Arbeitsweisen fundamental zu verändern.

Timm Kunstreich, AKS

Literatur

BMSFJ (Hg.)(2007): Übereinkommen über die Rechte des Kindes. UN-Kinderkonvention im Wortlaut mit Materialien. Texte in amtlicher Übersetzung (8. Auflage)
Herz, B. (2005): Ist die „konfrontative Pädagogik“ der Rede wert? Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 16:365-374
Kappeler, M. (2013): Heimerziehung in der (alten) Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen
Demokratischen Republik – und was wir daraus lernen können. Eine Textcollage, in: Widersprüche, 33, Heft 129): 17-33

Die Lage in den Industrieländern: Unvernunft und Massenresignation

Laut einer UNICEF-Untersuchung vom letzten Oktober leben seit mehr als zehn Jahren knapp neun Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland in Armut. Dazu passen die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: 13 Millionen Deutsche sind von Armut bedroht. In anderen Industrieländern, wie zum Beispiel in den USA oder England, stehen die Dinge nicht besser.

Herbert Schui geht in seinem neuen Buch („Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit: Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen?“) davon aus, dass es auch bei einem gegebenen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit rationale gesellschaftliche Strategien gegen die Verarmung gibt. Mehr produzieren! Das ist möglich angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der überaus entwickelten Produktionstechnik. Oder die Produktion anders verteilen.

Die Gesellschaft aber reagiert anders. Die Mittelschicht wird rabiater, das Bürgertum zusehends unkultiviert – so Wilhelm Heitmeyer in seinen Untersuchungen. Auf die Armen wird herabgesehen, sie werden ausgesondert. Selbst wenn Demagogen, unterstützt von der Boulevard-Presse von Sozialschrott oder Parasiten reden, kommt aber weder gegen die Diskriminierung, noch gegen die Verarmung selbst eine Gegenwehr auf. Die Wahlbeteiligung ist niedrig, die AfD hat Erfolg. Warum gibt es keinen Aufruhr? Woran liegt das?

Der Autor folgt der These, dass die Gesellschaft von lähmenden Mythen geleitet wird, von Einstellungen, die eine effektive Opposition ersticken, noch bevor sie entsteht. Und er präzisiert: Da ist der Mythos vom Leistungsträger, der bei höherer Besteuerung keine Arbeitsplätze mehr schafft. Ein weiterer erklärt Staatsverschuldung zur Versündigung an den Kindern, die vielen Alten nehmen den Jungen angeblich alles weg. Dem Markt wird eine übermenschliche Intelligenz zugeschrieben, der sich die Menschen in Demut zu unterwerfen haben. Diese Formeln werden von Politikern und Journalisten aufgenommen, in eingängige Sprachbilder gefaßt und unter die Leute gebracht.

Wer mehr über diese Mythen, über die Halbbildung und intellektuelle Verwahrlosung der Funktionseliten und über die gesellschaftlichen Auswirkungen dieses modernen magischen Weltbildes wissen will, der sollte sich das neue Buch von Herbert Schui besorgen. Es ist gut zu lesen, systematisch und reich an Belegen.

(Red.)

Herbert Schui, Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit: Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen? VSA-Verlag Hamburg, 124 Seiten, **12,80 Euro**

Demokratie wagen!

In der Diskussion um Rekommunalisierung sozialer Infrastruktur – vor allem von Krankenhäusern, Stadtwerken und sozialen Einrichtungen – schwingt eine Vermutung mit, deren Realitätsgehalt bei genauerer Betrachtung nicht sehr überzeugend ist: Alles soll wieder unter kommunale Kontrolle – also unter staatliche. Dass dieser Blick zurück im Wortsinne „re-aktionär" ist, lässt sich am Beispiel der Kitas in Hamburg verdeutlichen.

Bis zur Jahrhundertwende herrschte hier das klassische sozialdemokratische Modell auch kommunaler Sozialpolitik: Durch eine politisch festgelegte Anzahl von Kitaplätzen wurden Einrichtungen nach der jeweiligen Anzahl der Plätze gefördert – man nannte das „Objektförderung", also jede Einrichtung bekam ihre Mittel zugewiesen. Da um 1990 nicht nur der Staatssozialismus, sondern auch – was weniger Aufmerksamkeit hervorrief – das sozialdemokratische Staatsmodell des Klassenkompromisses auf fordistischer Basis scheiterte, kam es hier (wie auch besonders in der Arbeitslosenverwaltung) nicht nur zu einer neoliberalen Wende, sondern auch zu einer neoliberalen Innovation, die zweierlei bewirkte: Durch die Kita-Card/den Kita-Gutschein bekamen die Eltern eine individuelle Nachfragemacht, die sie vorher so nicht hatten. Sie konnten nun entscheiden, in welche Kita sie ihr Kind brachten. Diese „Subjektförderung" hatte einen enormen Innovationsschub zur Folge: Jede Kita musste nun in Konkurrenz zu den anderen ihr eigenes Profil schärfen, um möglichst attraktiv für die Eltern zu sein. Die damit verbundene Verselbstständigung der Einrichtungen und die damit ebenfalls verbundene Deckelung des Budgets hat allerdings zur Folge, dass die Situation der Mehrheit der Beschäftigten immer prekärer wird – es gibt heute nur noch relativ wenige Vollzeitarbeitsplätze im Kitabereich.

Ein Zurück zur alten Objektfinanzierung muss dennoch mindestens genauso kritisiert werden wie der jetzige Zustand. Stattdessen sollte – über das bekannte Vorbild hinaus – „mehr Demokratie" gewagt werden, nämlich eine Demokratisierung im Sozialstaat. Diese könnte von der individuellen Nachfragemacht der Eltern zu einer kollektiven Teilhabemacht der Eltern und Kinder, aber auch der Beschäftigten erweitert werden (ausführlich: Kunstreich, in Widersprüche, Heft 123 und demnächst in Heft 137).

Statt eines individuellen Betreuungsgutscheins wird ein treuhänderisches Beteiligungsrecht für Kinder und deren Erziehungsberechtigte entwickelt. Dieses Beteiligungsrecht, niedergelegt in einem Genossenschafts-Anteilsschein, konkretisiert sich in dem Geldbetrag, der für den zukünftigen Kita-Platz vorzusehen ist. Dieser wird in die Genossenschaft eingebracht, die in der Region gebildet wird, in der das Kind eine Kita besuchen soll. So können Eltern viele kleinräumige Genossenschaften gründen, in denen diejenigen, die ihr Beteiligungsrecht einlösen wollen, Mitglied werden. Diese Genossenschaften erhalten Beteiligungsrechte an den Kitas der Region. Aus den Zinsen der eingebrachten Gelder können die Genossenschaften darüber hinaus Aktivitäten finanzieren, die die Zwecke der Treuhandschaft fördern, wie zum Beispiel die Information und Beratung von Eltern.

Hinter diesen Überlegungen steht ein verallgemeinerbarer Bezug zu den unteilbaren zivilen, politischen und sozialen Bürgerrechten des Grundgesetzes. Nur alle drei Bürgerrechte zusammen begründen

erst die „volle Mitgliedschaft“ in modernen kapitalistischen Gesellschaften. „Wird eines dieser Rechte eingeschränkt, so ist auch der Bürgerstatus als ganzer tangiert“ (Schaarschuch). Das gilt insbesondere für den wechselseitigen Bezug dieser drei unterschiedlichen, aber gleichrangigen Bürgerrechtsbereiche. Bedürftigkeitsprüfungen nach Hartz IV, erzwungene Mobilität für einen neuen Arbeitsplatz, Verletzlichkeit der Wohnung, Einschränkung des Wahlrechts für Behinderte unter „Vormundschaft“ und so weiter. sind Eingriffe in die zivilen Schutz- und Freiheitsrechte sowie in die politischen Rechte, die zur Zeit mit der Inanspruchnahme bestimmter sozialer Bürgerrechte verbunden sind. Diese und andere Widersprüche machen es erforderlich, zivile, politische und soziale Bürgerrechte so weiter zu entwickeln, dass diese Widesprüchlichkeit öffentlich diskutiert und damit politisierbar wird und dass die damit verbundenen Benachteiligungen zumindest reduziert werden können. Für die politischen Bürgerechte gilt zum Beispiel, dass sie so weiter zu entwickeln sind, dass die politischen Teilhaberechte mit mehr Inhalt gefüllt werden als mit der Aufforderung, alle vier Jahre den Stimmzettel abzugeben.

Wo durch Ausschluss von sozialen Teilhaberechten die praktische Wahrnehmung politischer Rechte eingeschränkt und zivile Schutz- beziehungsweise. Freiheitsrechte ausgehebelt werden, müssen Sozialgenossenschaften ermöglicht werden. Diese zeichnen sich – wie alle Genossenschaften – durch vier Prinzipien aus:

- Förderprinzip – der Nutzen und die Förderung des einzelnen Mitgliedes muss im Vordergrund stehen
- Identitätsprinzip – ansonsten unvereinbar geltende gesellschaftliche Positionen werden miteinander verbunden: Vermieter – Mieter; Einkäufer – Konsument
- Demokratieprinzip – jeder Genossenschaftsanteil hat eine Stimme, unabhängig von seiner Höhe
- Solidarprinzip – die Sache, um die es geht, kann nur gemeinsam realisiert werden

In Sozialgenossenschaften ist der Widerspruch, den es zu vereinen gilt, der zwischen dem Anspruch auf volle Bürgerschaft und dem durch kapitalistische Realität produzierten sozialen Ausschluss. Das bedeutet: Menschen, die wegen ihrer brachliegenden, nicht mehr nachgefragten Qualifikation, wegen ihrer Behinderung, ihres Alters (Kind oder alter Mensch), ihres Geschlechts (Frau) oder ihres minderen Rechtsstatus (Ausländer) ihre Bürgerrechte nicht umfassend realisieren können, müssen individuelle und kollektive Verfügungsmacht über Ressourcen erlangen können, die ihren Ausschluss in einer Weise aufhebt, dass diese Macht nicht mit dem Zwang zu hegemonialer „Normalität“ verbunden ist (vor allem das Eingeständnis von tatsächlichen oder angeblichen Defiziten), sondern die soziale Eigensinnigkeit dieser Menschen und ihre Teilhabe an den universellen Bürgerrechten sichern.

So wie die Treuhandschaft der Eltern für ihre Kinder in einem Beteiligungsrecht realisiert wird, können Beteiligungsrechte von Jugendlichen mit entsprechenden Genossenschaftsanteilen nach Region und/oder Projekt versehen werden: Die gesamte Infrastruktur der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienbildung und anderen stadtteilspezifischen Angeboten wird zum Grundstock einer Quartiers-Genossenschaft, in der jede und jeder Jugendliche des Stadtteils einen Anteil erhält. Das jährliche Budget besteht aus den Zuwendungen an die Genossenschaftsmitglieder, die dann über die Entwicklung und Veränderung von Projekten entscheiden – entsprechend der dafür vorgesehenen Selbstverwaltungsregularien.

Für die große Gruppe der Empfänger von Transferleistungen wird neben dem individuellen, materiellen Rechtsanspruch ein Genossenschaftsanteil garantiert, der es den Transferempfängern ermöglicht, zum Beispiel Ombudsstellen als Sozialgenossenschaften zu gründen. Damit würde zwar der soziale Ausschluss nicht aufgehoben, aber es wäre ein wichtiger Schritt gegen Diskriminierung und für Selbstmächtigkeit ausgegrenzter Gruppen getan. Perspektivisch könnte ein Zusammenschluss derartiger „Transfer-Genossenschaften“ eine Gegenmacht gegen die Zumutungen von Hartz IV und vergleichbaren Maßnahmen bilden.

Sozialgenossenschaften sind ein Ansatz, eine neue kommunalpolitische Orientierung praktisch werden zu lassen. Sie sind zugleich eine Praxis, die hier und heute realisiert werden kann und die über den bürgerlichen Repräsentationsstaat hinausgeht. Konkret: Senat und Bürgerschaft in Hamburg können die Errichtung derartiger Sozialgenossenschaften beschließen und damit einen Teil ihres Haushaltsrecht demokratisieren.

Timm Kunstreich ist Redakteur dieser Zeitschrift

Geordnete Neuaufteilung

Rojava zwischen demokratischem Aufbruch und Angriffen des Islamischen Staates

Der Kampf um Kobane hat eine Bedeutung erlangt, die mit der Lage als Knotenpunkt an der Grenze zwischen Syrien und der Türkei nicht zu erklären ist. Kobane ist zu einem Symbol für eine Gesellschaft geworden, die für die KurdInnen die Zukunft, u.a. für die türkische Regierung aber eine Bedrohung bedeutet. Denn im Norden Syriens (Rojava) haben sich KurdInnen gemeinsam mit sämtlichen dort lebenden Bevölkerungsgruppen in rätedemokratischen Selbstverwaltungsstrukturen organisiert. Auf die drei nicht zusammenhängenden Kantone Cizire, Kobane und Afrin verteilt, leben rund sechs Millionen Menschen. Entlang der türkisch-syrischen Grenze liegen zwischen den drei Kantonen Herrschaftsgebiete des dschihadistischen Islamischen Staats (IS). Die Assad-Regierung hat sich aus Rojava bis auf einige wenige Enklaven zurückgezogen.

„Die multiethnischen und multireligiösen Selbstverwaltungsstrukturen, die wir aufbauen, könnten ein Modell für ein an humanistischen Maßstäben orientiertes Zusammenleben der Menschen im Mittleren Osten sein“, erklärt Scheich Hamidy al-Jarba, Präsident der Übergangsregierung des Kantons Cizire und Stammesführer des größten arabischen Stammes in der Region, der Shammar. Er sieht, wie auch die kurdische Frauenrechtlerin und Präsidentin der Region, Hediya Yusuf, in einer selbstbestimmten Organisierung die einzig stabile Zukunftsperspektive.

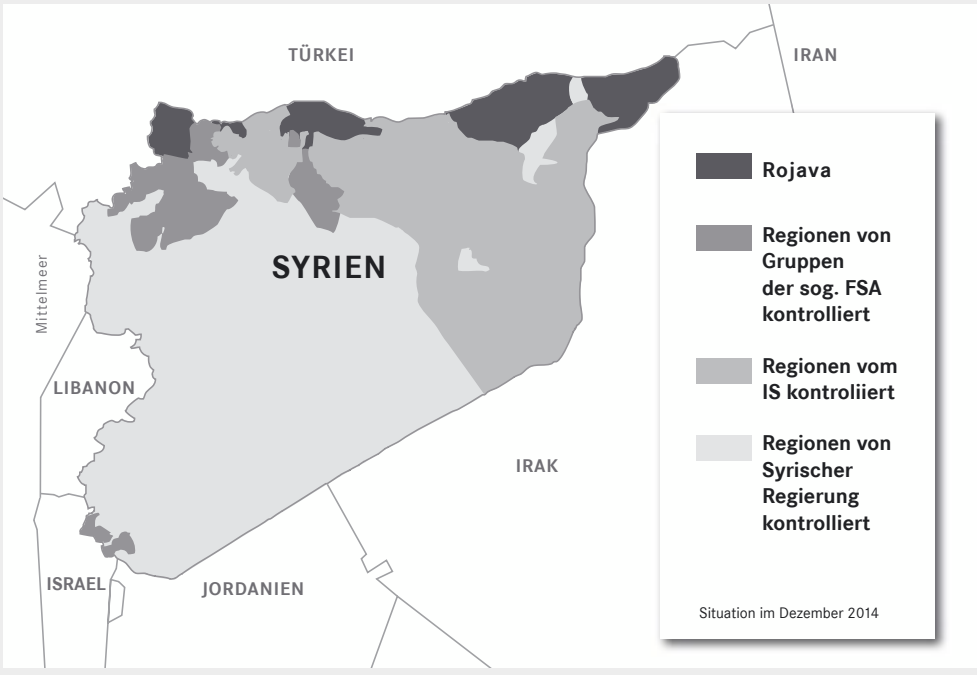
In Stadtteilen und Dörfern wurden basisdemokratische Räte geschaffen. Bildung, Gleichberechtigung der Frau, Sicherheit, wirtschaftlicher Aufbau, Landwirtschaft, Religionsfragen und Konfliktlösung werden hier diskutiert und gestaltet. Leitungsfunktionen werden jeweils von einem Mann und einer Frau besetzt, in Gremien gilt eine 40-Prozent-Quotierung für Frauen. In jedem Kanton gibt es Universitäten, die eine egalitäre Forschung und Lehre betreiben, und Frauenakademien, in denen eine eigene revolutionäre Frauenwissenschaft entwickelt wird.

Zur Selbstverteidigung hat die Bevölkerung die Volksverteidigungseinheiten YPG aufgebaut. Redur Xelil, deren Vorsitzender, erklärt: „Wir sind kein herkömmliches Militär, sondern den Frieden liebende Menschen. Die YPG

Rojava

Das Gebiet unterteilt sich in drei Kantone. Efrîn im Westen, Kobanê im Zentrum und Cizîrê/Quaimislo im Nordosten.

Die demokratischen Selbsverwaltungstrukturen (darin die PYD, die Suryoye Einheitspartei und Viele mehr) verwalten Rojava momentan als autonomes Gebiet. Ziel ist, als Region in einem föderalen Syrien weitgehende Autonomierechte zu erhalten – nicht nur für Rojava allein, sondern auch als Teil eines föderalen ganzen und unzerstörten, demokratisch organisierten Syrien.



übernimmt den in dieser Region nötigen Schutz von Leben, Demokratie und Freiheit. Der IS kämpft mit allen Mitteln gegen unser basisdemokratisches Modell. Internationale- und Regionalmächte versuchen ihre strategischen Interessen durchzusetzen. Deshalb wird Rojava seit zwei Jahren unter anderem vom IS auch mit Unterstützung der Türkei angegriffen."

Der IS hat sich überwiegend innerhalb arabischer Sunniten organisiert. Nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA im Irak 2003 kam es zu einem Machtwechsel zugunsten der Schiiten unter Nuri Al Maliki. Die Unzufriedenheit der Sunniten, die unter Saddam Hussein große Privilegien genossen, bereitete dem IS einen fruchtbaren Nährboden. IS-Kader stammen aus den Revolutionsgarden Saddam Husseins, weitere gehören den Nakschebendi an, einem sunnitischen Sufi-Orden, dem auch R. T. Erdogan und Mesud Barzani, Regierungschef der kurdischen Autonomieregion, verbunden sind. Saudi-Arabien und Katar liefern Waffen, Jordanien gewährt Raum zur Ausbildung. Seit Jahrzehnten unterstützen die USA und ihre Verbündeten auch radikal islamische Gruppen, um ihre geostrategischen Ziele durchzusetzen. So konnten u.a. Al Quaida, die Al Nusra Front und jetzt der IS derart wirksam werden, dass sie ganze Regionen bedrohen. Der Mittlere Osten wurde zuletzt 1916 mit der Grenzziehung zwischen der Türkei, Syrien, dem Irak und Iran kolonial „geordnet". Nun wird eine Neuaufteilung angestrebt.

Die türkische AKP-Regierung unterstützt den IS, indem sie militärische und medizinische Infrastruktur und Ausbildungsorte stellt und in großem Umfang Waffen liefert. Zudem wird mit einem Handelsvolumen von rund zwei Millionen Dollar für Öl pro Tag mit dem IS Handel betrieben. An der Selbstverwaltung in Rojava sind KurdInnen, die Abdullah Öcalan nahe stehen, entscheidend beteiligt. Schon seit langem fordert die Regierung Erdogan im Norden Syriens eine Pufferzone, um Rojava unter eigene Kontrolle zu bringen.

„Absurd ist, dass die AKP-Regierung eher mit dem IS verhandelt, als die kurdische Frage, ein zentrales Moment der gesellschaftlichen Probleme des Landes, zu lösen. Mit einer aggressiven Politik und den brutalen Angriffen auf die protestierende Bevölkerung und Flüchtlinge an der Grenze zu Kobane, bei denen 40 ZivilistInnen starben, verhindert die AKP-Regierung eine Fortsetzung des Friedensprozesses", kommentiert das der Vorsitzende der PKK, Cemil Bayik.

Der Parteitag der LINKEN in Hamburg hat am 1. November 2014 eine Erklärung beschlossen, in der es unter anderem heißt: *„Die Eskalation und Brutalität des Konfliktes machen es erforderlich, dass die Partei klar friedenspolitisch Stellung bezieht und solidarisch eingreift. DIE LINKE muss gemeinsam mit weiteren Akteuren Druck auf die Bundesregierung und die Regierungen der USA sowie der EU aufbauen, dass diese sofort ihre hauptsächlich an wirtschaftlichen und strategischen Interessen orientierte Politik in Syrien, im Irak und der Türkei beenden und stattdessen z. B. die demokratische Selbstorganisierung der Menschen in Rojava anerkennen und somit für Frieden wirken. Nur eine selbstbestimmte demokratische Organisierung der Bevölkerungen im Mittleren Osten kann langfristig Stabilität und Frieden bewirken."*

Martin Dolzer, Soziologe

Mach deinen Nachbarn eine Freude!

Du fragst dich wie? Ganz einfach. Zum Beispiel mit einer Plakatspende. So kannst du helfen, dass DIE LINKE im Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg besser sichtbar ist, mehr Menschen die Plakate sehen und dass DIE LINKE ein großartiges Wahlergebnis einfährt. Sei dabei und mach deinen Nachbarn eine Freude. Spende jetzt für ein Großflächenplakat an einem Standort deiner Wahl.

So funktioniert es. Bei einer Plakatspende suchst du einen oder mehrere Plakatstandorte aus, an denen wir Großflächenplakate für DIE LINKE aufhängen. Dafür spendest du uns den Betrag, den dieser Standort für zehn beziehungsweise elf Tage kostet. Dieses Geld werden wir bei Abschluss der Spende und der Bestätigung, dass diese Fläche tatsächlich frei ist und für uns reserviert wird, von deinem Konto einziehen. Jede Spenderin und jeder Spender erhält später eine Spendenquittung (Zuwendungsbestätigung), damit die Spende beim Finanzamt geltend gemacht werden kann.

Alle weiteren Information findest du unter: www.die-linke.de/die-linke/spenden/plakatspende/hamburg

Auf dem Weg zum vierten Gaza-Krieg?

Im Gazastreifen werden mühsam die Trümmer des letzten Krieges beseitigt. Das wird lange dauern. Noch länger wird der Wiederaufbau dauern, für den 30 Staaten auf der Geberkonferenz Mitte Oktober in Kairo 4,3 Mrd. Dollar versprochen haben. Wir haben das gleiche Szenario schon einmal gehabt. Nach dem Krieg zur Jahreswende 2008/2009 spendeten die Staaten, die das Massaker ebenso gleichgültig verfolgt hatten wie die erneute Zerstörung Gazas in diesem Jahr, etwa die gleiche Summe für den Wiederaufbau. Geld spielt nie eine Rolle, wenn es darum geht, die Ruinen, die Israel hinterläßt, zu beseitigen. Es konnte jedoch nur zu einem Bruchteil abgerufen werden, weil Israel keinen freien Warenverkehr mit Gaza zuläßt.

Jetzt hat das „Russel-Tribunal zu Palästina“ die Ergebnisse seiner Untersuchungen und Anhörungen über den letzten, den dritten Krieg gegen Gaza publiziert. Die Öffentlichkeit in Deutschland hat davon nichts erfahren. Israel ist nach wie vor das „rohe Ei“ der deutschen Politik und Medien. Dabei hat Israel diesmal mit seiner „Operation Protective Edge“ ein alles Bisherige übertreffendes Maß an Gewalt und Zerstörung entwickelt. Über 700 ton Sprengstoff, das sind 2 ton pro qkm, explodierten in Gaza. 2.188 Tote, davon mindestens 1658 Zivilisten, 11.200 Verletzte, 18.000 Wohnungen wurden zerstört, das sind 13 % aller Wohneinheiten, 110.000 Einwohner wurden obdachlos. 17 der 32 Krankenhäuser wurden beschädigt, sechs vollkommen zerstört. Die Wasserversorgung wurde so stark beschädigt, dass mehr als 450.000 Menschen ohne städtisches Wasser sind. Die Zerstörung des einzigen elektrischen Kraftwerkes hat dazu geführt, dass die Bevölkerung des Gazastreifens täglich über noch maximal vier Stunden Elektrizität verfügt.

Diese Fakten sind weitgehend unstreitig und berücksichtigen nicht einmal die psychischen Kriegsfolgen, die Traumatisierung der Kinder und das Leid der Familien. Die gesamte Bevölkerung war faktisch wehrlos. Die Raketen, die vom Gazastreifen zwar in großer Zahl auf Israel abgefeuert wurden, konnten die eigene Bevölkerung aber nicht schützen und den Angriff nicht aufhalten. 70 Tote und einige beschädigte Gebäude in Israel zeugen von der Ohnmacht der Verteidigung.

Das Tribunal war 1966 von Lord Bertrand Russel nicht nur ins Leben gerufen worden, um die Zerstörungen und Folgen von Kriegen zu dokumentieren. Das erste Tribunal unter dem Präsidium von Jean-Paul Sartre und Peter Weiß untersuchte 1967 die Verbrechen des Vietnam-Kriegs. Es gab keine internationale Strafgerichtsbarkeit und so unternahm es das Tribunal, eine strafrechtliche Bewertung nach den Prinzipien der Nürnberger Prozesse von 1946 vorzunehmen. Jetzt gibt es seit 2000 den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, doch eine Anklage israelischer Kriegsverbrechen ist tabu. Nach dem Krieg von 2008/2009 gab es das erste Tribunal über Palästina mit vier Sessionen in Barcelona, London, Johannesburg und New York, in deren Ergebnis Israel wegen schwerster Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit „verurteilt“ wurde. Kaum anders ist das Urteil des Brüsseler Tribunals vom September ausgefallen. Auf der Richterbank saßen namhafte Juristen und Persönlichkeiten wie u.a. John Dugard, Richard Falk, Ken Loach, Vandana Shiva und Roger Waters.

Das Tribunal räumt vor allem mit einem zentralen Argument der israelischen Regierung auf, Israel habe in Selbstverteidigung gehandelt:

„Als Besatzer kann sich Israel nach internationalem Recht bei seiner Gewalt gegen Gaza nicht auf Selbstverteidigung berufen. Israel hat nicht auf einen bewaffneten Angriff von Streitkräften eines Staates reagiert; vielmehr handelt es als Besatzungsmacht, die Gewalt einsetzt, um ihre Kontrolle über das besetzte Territorium und seine Herrschaft über die besetzte Bevölkerung zu festi-

gen. Nach internationalem Recht hat das Volk, das unter kolonialer Herrschaft oder fremder Besatzung lebt, das Recht auf Widerstand gegen die Besatzung. Die anhaltende Besatzung der palästinensischen Territorien ist selbst ein Akt der Aggression, wie sie in der Resolution 3314 von 1974 der UN-Generalversammlung definiert wurde. Das Tribunal stellt fest, dass ein Aggressor sich nicht auf Selbstverteidigung gegen den Widerstand gegen seine Aggression berufen kann." (I 5.)

Der Bericht zählt zahlreiche schwere Kriegsverbrechen der israelischen Armee auf, wie gezielte Tötung von Zivilisten durch Scharfschützen und summarische Exekutionen durch Bodentruppen, extensive Zerstörung von Eigentum, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt waren, extensiver und grob fahrlässiger Artilleriebeschuss und Luftbombardements von dicht bewohnten zivilen Gebieten, die ausdrückliche Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt (sog. Dahiya Doktrin), um die Bevölkerung kollektiv für die Aktivitäten der Widerstandsgruppen und der politischen Führer zu bestrafen.

Dies sind alles schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie das Römische Statut des Internationalen Gerichtshofs von 1998 in Anlehnung an die Prinzipien des Nürnberger Tribunals unter Strafe stellt. Da die Israelische Regierung jede Unterstützung der Untersuchungen des Tribunals abgelehnt hat, konnten ihre Vorwürfe gegen die Kriegsführung der Hamas nur begrenzt überprüft werden. Eindeutig hat es den ziellosen Abschuss von Raketen auf zivile Einrichtungen als Kriegsverbrechen verurteilt. 60 Soldaten und sieben Zivilisten kamen dabei ums Leben. Für den Vorwurf, die Palästinenser hätten gezielt auf Zivilisten geschossen und Zivilisten als menschliche Schilde benutzt, konnte das Tribunal allerdings keine Beweise finden. Im Gegenteil, das Tribunal musste feststellen, dass die israelische Armee palästinensische Zivilisten derart missbraucht hatte.

Statt Strafen, die ein Russel-Tribunal ohnehin nicht aussprechen kann, fügt das Tribunal etliche Forderungen und Empfehlungen an. An die Adresse Israels gerichtet fordert das Tribunal vor allem die Beendigung der Besatzung, die unbedingte Befolgung des Völkerrechts, die volle Entschädigung der Opfer und die Freilassung der politischen Gefangenen. Von der EU fordert das Tribunal die Suspendierung des EU-Assoziationsabkommens und des Abkommens über wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie die Beendigung aller militärischen Kooperationen. Es fordert ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel und einen Stopp jeglichen Imports von militärischem Gerät aus Israel. Außerdem fordert das Tribunal von der EU, Israel und Palästina dazu zu drängen, das Römische Statut von 1998 zu ratifizieren, um den Weg zum Internationalen Strafgerichtshof zu öffnen, sowie die Anerkennung des palästinensischen Staates durch alle Mitgliedstaaten. Schließlich fordert das Tribunal die internationale Zivilgesellschaft auf, die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanction) zu unterstützen und auszuweiten und aktiv Druck auf ihre Regierungen auszuüben, sich nicht an den Verbrechen der Israelis zu beteiligen und sich an die Prinzipien des Völkerrechts zu halten.

Wahrscheinlich ist es die ungeschminkte Darstellung der israelischen Verbrechen und die Deutlichkeit und Plausibilität der Forderungen an die internationale Öffentlichkeit, die dem Bericht die Resonanz in der Öffentlichkeit versagen. Die israelische Regierung denkt nicht daran, Reparationen zu zahlen. Ihren Beitrag zum Wiederaufbau in Gaza sieht sie lediglich in der totalen Kontrolle der notwendigen Waren und Materialien an den Grenzübergängen in den Gazastreifen. An der völkerrechtswidrigen Abriegelung des Streifens hat sich in den zwei Monaten seit Ende des Krieges nichts geändert und die Regierung lässt keinen Zweifel aufkommen, dass sie daran nichts ändern wird.

Man war sich auf der Kairoer Geberkonferenz wie seinerzeit 2009 einig, dass Geld den Frieden nicht garantieren werde, es bedürfe einer politischen Lösung. Doch diese legt man wieder in die Hände der Israeli und Palästinenser – bis zum nächsten, den vierten Gaza-Krieg. Denn die israelische Regierung ist zu keinen Konzessionen bereit. Sie will keinen souveränen palästinensischen Staat. Sie will die Grenzen Israels bis zum Jordan, wo sie jetzt schon sind, auch um den Preis eines Apartheidstaates. Der gegenwärtige Zustand der Unterdrückung und des latenten Bürgerkriegs, der von Zeit zu Zeit in brutale Strafaktionen ausartet, ist - so irrational und zynisch es auch erscheint -, für die politische und militärische Klasse in Israel der komfortabelste und am besten beherrschbare Umgang mit einer Bevölkerung, die man am liebsten vertreiben würde. Die Frage ist nur, wie lange sich die USA und die EU noch ihrer Verantwortung gegenüber den Palästinensern entziehen können.

Norman Paech ist Redakteur dieser Zeitschrift

Anzeige

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/probeabo

Das Ende des Internets?

Rezension: Das Sachbuch „Die totale Überwachung von Glenn Greenwald und der Dokumatarfilm „Citizenfour“ von Laura Poitras

Wie können wir die globale Überwachung begreifen, ihre Folgen verstehen und lernen, was zu tun wäre, sie zu bekämpfen? Ein Zugang wird uns durch das Buch „Die totale Überwachung“ von Glenn Greenwald eröffnet: Wie er den Ex-Geheimdienstler Edward Snowden kennenlernte und die Veröffentlichung des umfangreichen Materials einleitete, das dieser aus dem Zentrum des Überwachungsapparates geholt hatte. Das leicht lesbare Buch erzählt die Geschichte, auf welchen heiklen und spannenden Wegen dieses Material an die Öffentlichkeit gelangt ist. Die Lektüre ist auch deswegen so packend, weil wir die Entwicklung des anfangs eher skeptischen Ich-Erzählers miterleben. Der Leser vollzieht Greenwalds schrittweise Erkenntnisse nach, seine wachsende Bestürzung über die schiere Größe und die ständig wachsende Fähigkeit des von der NSA betriebenen Netzwerkes, die unvorstellbaren Datenmengen über die technisch vermittelte Kommunikation der Menschen in der ganzen Welt zu sammeln und auszuwerten. Da er auch die Funktionsweise der weitgehend eingebundenen Medien und die Reaktionen der Regierungsorgane auf die schrittweisen Veröffentlichungen anschaulich beschreibt, bekommen wir eine Vorstellung davon, wie weit sich diese Institutionen bereits von der bürgerlichen Demokratie entfernt haben.

Wir erfahren, wie die NSA Internetserver, Satelliten, Unterseekabel, US-amerikanische und ausländische Telefonsysteme und Computer anzapft und Telefongesellschaften und Internetkonzerne wie google, facebook und Konsorten in die Überwachung einbezieht. Originalschautafeln der NSA, voller Stolz über die Kontrollfähigkeiten des eigenen Apparates hergestellt, unterstützen eindrucksvoll Greenwalds Erklärungen, wie die Auswertung vorgenommen wird und welche Programme angewendet werden.

Für den Autor besteht kein Zweifel, dass die Datenkrake das doppelte Ziel verfolgt, die Bevölkerung im Hinblick auf künftige Unruhen wegen der wachsenden sozialen Widersprüche zu kontrollieren, aber auch die globale Hegemonie der USA abzusichern.

Das wird unter anderem am Verhältnis zwischen Kooperation und Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren in dem abgestuften Bündnissystem der Geheimdienste deutlich: Eine erste Gruppe von Ländern (USA, Großbritannien, Kanada, Neuseeland Australien) erhält einen direkten Zugriff auf die Daten und stellt ihrerseits ihre Kapazitäten in den Dienst der USA. Für eine zweite Gruppe von Ländern, zu der auch Deutschland gehört, ist zwar die gemeinsame Nutzung der Kapazitäten und der Austausch der Daten vorgesehen, aber gleichzeitig auch die umfassende Spionage gegen sie. Das schließt nicht nur die politische Spionage gegen Regierungen, sondern vor allem auch die Wirtschaftsspionage mit ein.

Der Werdegang Snowdens vom Computerspezialisten zum Geheimdienstfachmann im Dienste der Regierung und schließlich zum Whistleblower, der dafür kämpft, dass so viele Menschen wie möglich begreifen, welche gefährliche Entwicklung die globale Überwachung genommen hat, wird in einem Dokumentarfilm beschrieben, den die Filmemacherin Laura Poitras gedreht hat. Der Film ergänzt Greenwalds Buch um ein wichtiges Element: Snowden schildert eindringlich und überzeugend seine eigene Entwicklung bis zum Entschluss, über die geschaffenen Überwachungsnetzwerke aufzuklären und die damit verbundenen Übergriffe der US-Regierung öffentlich zu machen. Im Mittelpunkt stehen die Gespräche in Hongkong mit dem Whistleblower selbst und wie Greenwald, Poitras und er die Veröffentlichung der Dokumente planen und durchführen. Geradezu anrührend ist die Einsicht des jungenhaft und fast verletzlich wirkenden Edward Snowdon in das Ende seines Traumes von einem emanzipierenden Internet und die Gewissheit, dass er sein bisheriges Leben für den Rest seiner Tage aufgibt und sich in eine ungewisse Zukunft begibt. Er weiß, genau wie Greenwald und Poitras, um die Wucht ihres Planes und die Erschütterungen, die seine Umsetzung auslösen wird. Aber er weiß auch, daß ihm in dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium des US-Imperiums auch das möglicherweise lebenslange Verschwinden in einem Spezialgefängnis droht. Hier faszinieren die Rationalität seines Handelns und seine Ruhe: „Ich bin mit mir selbst im Reinen.“

Wenn auch die Vorstellung von der Macht eines alles und alle überwachenden Geheimdienstes durchaus erschreckend ist, so hat gleichzeitig der Mut und die Entschiedenheit, mit der Snowden, Greenwald, Poitras und alle anderen ihre Aufklärung betreiben, etwas Ansteckendes. Wir können viel davon gebrauchen: Die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns.

Uli Ludwig ist Redakteur dieser Zeitschrift

IS - und kein Ende?

„Sicherlich ist er ein Schweinehund - aber er ist unser Schweinehund!“– westlicher Politiker

Die Vizedirektorin des Welternährungsprogramms (WFP) kündigte Ende September an, dass die Nahrungsmittelrationen für Vertriebene in Syrien ab Oktober aufgrund von Geldmangel um 40 Prozent gekürzt werden müssten. Auch die Verteilung von Lebensmittelkarten an syrische Flüchtlinge in den Nachbarstaaten würde voraussichtlich eingeschränkt.

Diese lebensbedrohliche Ankündigung für Millionen geflohene Syrerinnen und Syrer fällt in eine Zeit, in der für mehrere hundert Millionen Euro Marschflugkörper und Bomben auf Stellungen des Islamischen Staates (IS / ISIS) in Syrien und im Irak abgefeuert werden. Sie fällt in eine Zeit, in der die deutsche Bundesregierung die Lieferung von Waffen im Wert vieler Millionen Euro an die nordirakischen Peshmerga der KDP mit großer Geste inszeniert und die Türkei mit dem Einsatz von Bodentruppen in Syrien und gegen die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien droht.

Während also alle relevanten westlichen Mächte mit dem Verweis auf die schlimme humanitäre Situation und die Verbrechen des IS den Krieg in Syrien und im Irak militärisch eskalieren, verhungern und verdursten die Menschen, um die es doch angeblich gehen soll. Diese zynischen Lügen konnte ich selber bei einem Besuch im syrisch-kurdischen Rojava im Januar 2014 beobachten: Hier konnten die Selbstverteidigungskräfte über lange Zeit einen relativ sicheren Korridor für die Menschen der Region (und viele Geflohene aus anderen Regionen Syriens und auch des Iraks) schaffen. Gleichzeitig wurden die drei Kantone Rojavas bereits damals von den djihadistischen Milizen attackiert – während der Westen den Selbstverwaltungsstrukturen jede Legitimität aberkannte und den Bündnispartner Türkei mit seinem Hungerembargo und der Unterstützung für die Islamisten gegen die kurdische Autonomie gewähren ließ. Die extreme Zuspitzung dieser Situation in und um den Kanton Kobane herum in diesem Herbst trägt die gleiche Handschrift: Den westlichen Staaten inklusive der Bundesregierung sind die KurdInnen ebenso egal wie die anderen Not leidenden Menschen in ganz Syrien. Relevant werden sie nur als Verhandlungsmasse, dann wenn es darum geht, Waffenlieferungen und Militärschläge zu rechtfertigen.

Dieses perfide Spiel wird auf der anderen Seite vor allem von einer Figur gerne aufgegriffen: Massud Barzani, dem Präsidenten der irakisch-kurdischen Autonomiegebiete. Er gewinnt durch die internationale Unterstützung im Kampf gegen IS enorm an Prestige und legt die Grundlagen für die Ausrufung eines kurdischen Nationalstaates aus den Ruinen des Iraks.

Dieser weitergehende Staatszerfall des Iraks, an dessen vorläufigem Ende nun also die Etablierung eines quasifeudalen Cliquenstaates im kurdischen Norden stehen könnte, ist natürlich zu allererst das Ergebnis der amerikanisch geführten Intervention 2003 und der folgenden Besatzungszeit. Genau jene sunnitischen Araber, die von Bush und Blair zuerst in die Gefängnisse von Abu Graib und in den Widerstand, dann von den neuen schiitischen Machthabern ins gesellschaftliche Abseits getrieben wurden, stellen heute sowohl die Massenbasis als auch die Intelligenz des IS dar.

Ihr brutales Vorgehen und ihre wahnsinnige Ideologie waren jedoch lange Zeit willkommene Eigenschaften des IS – nämlich so lange man im Westen, in der Türkei und in den sunnitischen Golfmonarchien darauf setzte, dass auch mit Hilfe des IS im Nachbarland Syrien der Diktator Assad gestürzt werden sollte. Dieser - seinerseits mit Iran, Russland und der libanesischen Hisbollah verbündet – musste um jeden Preis weg. Um welchen Preis genau, sieht man spätestens jetzt: IS hat sich auch mit Hilfe ausländischer Gelder, offener Transportwege für Nachschub an Waffen und Kämpfern und möglicherweise auch direkter logistischer Unterstützung zu dem Monster entwickelt, das er heute ist. Die Idee, dieses Monster zu kontrollieren war an Zynismus nie zu überbieten, aber sie war auch von Anfang an grundfalsch und absurd. Insbesondere der Türkei war und ist neben dem Regime Change in Syrien die Zerstörung der kurdischen Autonomie in Rojava jedoch wichtiger. Und an dieser katastrophalen Syrienpolitik wurde die Türkei zu keinem Moment gehindert. Im Gegenteil: Mit der Entsendung der Patriot-Abwehrsysteme und der Bundeswehr an die türkisch-syrische Grenze adelte die Bundesregierung diese katastrophale Politik zur Nato-Generallinie.

Dabei sind es gerade die kurdischen Autonomiegebiete, in denen nach wie vor ein Hoffnungsschimmer für die gesamte Region liegen kann. Trotz des Bürgerkriegs und der um sich greifenden Konfessionalisierung und Ethnisierung haben die Menschen hier basisdemokratische Strukturen geschaffen, in denen religiöse oder ethnische Minderheiten besondere Rechte besitzen und Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist. Die Revolution in Rojava zeigt mehr als deutlich, dass es anders gehen kann – auch und gerade im Nahen Osten. Den Menschen, die dort und in allen Teilen Syriens und des Iraks für ein Leben ohne Unterdrückung durch die blutige Diktatur Assads, den religiösen Wahn des IS und auch ohne ausländische Militärintervention kämpfen, gilt unsere volle Solidarität. Die Lieferung von noch mehr Sturmgewehren in diese bereits jetzt mit Waffen überflutete Weltregion ist dabei ganz sicher kein Ausdruck von Solidarität, sondern politischer Irrsinn.

Jan van Aken ist Mitglied der Linksfraktion im Bundestag

Anzeige

SOLIDARITÄT MIT ROJAVA

- **Abzug der Patriot-Raketen und der Bundeswehrsoldaten aus der Türkei**
- **Weg mit dem PKK-Verbot**

Aktuelle Infos zu den friedenspolitischen Aktivitäten von Jan van Aken unter:
http://www.jan-van-aken.de/

Maß-Anfertigungen

Kommentar von Uli Ludwig

Die außenpolitische deutsche (Doppel-)Moral ist nicht so leicht verständlich zu machen. Die Jesiden „beschützen“ (Waffen liefern)? Ja! Die Kurden im Kampf gegen den IS unterstützen? Ja, aber nur die US-Verbündeten Peschmergas! Die YPG/PYD? Nein! Die haben zwar den Jesiden bereits mit hohem Einsatz geholfen, stehen aber angeblich der PKK nahe. Den Bewohnern des Gaza-Streifens helfen? Nein! Die Kriegsparteien in Kiew unterstützen? Ja! Die Bewohner im Donbass und in Lugansk beschützen? Nein!

Die behaupteten humanitären Motive leiden deswegen so dramatisch an Glaubwürdigkeit, weil die Konflikte, in denen die deutsche politische Elite mit ihrer neuen „Verantwortung“ zum Zuge kommen will, offenkundig mit zweierlei Maß gemessen werden. Das Argument, eine Waffenlieferung und ein Bruch der Verfassung seien zum Schutz zweifellos bedrohter Menschen notwendig, erscheint nicht nur wegen der außenpolitischen Interessenlage und der behaupteten Alternativlosigkeit als maßgeschneiderter konstruierter Vorwand, sondern weil es an anderer Stelle nicht gilt. Es soll lediglich das geostrategische Ziel, die stärkere Beteiligung an internationalen Kriegseinsätzen, verdecken.

Komplizierter wird es im Ukraine-Konflikt. Die von den USA betriebene politische und militärische Einkreisung und Schwächung Russlands liegt im Interesse nur eines Teils des deutschen Kapitals, während ein anderer unter einer Verschlechterung der Beziehungen zu Russland leiden würde. So beschäftigt z.B. Siemens dort über 3000 Menschen und erwirtschaftet zur Zeit einen jährlichen Umsatz von rund zwei Milliarden Euro.

Die Widersprüche zwischen den Kapitalfraktionen und insbesondere ihre Implikationen bleiben in der Regel in den monopolisierten Medien unerwähnt, weil sich dort die US-orientierte Atlantikfraktion durchgesetzt hat. So sind laut „Nachdenkseiten“ „Größen des deutschen Journalismus, (...) in transatlantisch ausgerichteten außen- und sicherheitspolitischen Eliten-Organisationen eingebunden (...).“ Mit der Folge: „Die Medien stellen sich mehrheitlich in den Dienst der Konfrontation“ (08.09.2014). Sie blenden die aggressive US-Politik aus und beschwören Russland als neues, altes Feindbild wieder herauf, personalisieren mit Wladimir Putin eine „unberechenbare“ große Bedrohung, und geißeln deeskalierende Positionierungen. Das schiere Ausmaß an Hysterie und gleichgeschaltet wirkender Desinformation erinnert dabei an den Kalten Krieg.

Im Ukraine-Konflikt trat in besonderem Maße Propaganda an die Stelle sachlicher, sauber recherchierter Darstellung, wobei die Intensität wechselte. Im Umfeld der Wahlen wurde die Ukraine vorübergehend medial in die zweite Reihe verwiesen. Das hatte aber mit der Realität nichts zu tun: Der Bürgerkrieg hat trotz Waffenruhe nie wirklich aufgehört. Das Töten von Menschen, der staatlich geförderte Terror, die Zerstörung der Infrastruktur, der wirtschaftliche und gesellschaftliche Abstieg der Ukraine und die Verschärfung der Widersprüche gingen weiter. So vermeldete am 31.10.2014 „Spiegel online“ 300 Tote in den vorangegangenen 10 Tagen. Und die Berichterstattung über die Folgen des Bürgerkrieges, die ökonomische Neuausrichtung des Landes zur EU und die neoliberalen „Reformen“, auferlegt von EU und

IWF und willig von der Marionette Jazenjuk durchgezogen, ist – außer in einigen linken Medien – ein Totalausfall. Inzwischen sind die Leitmedien wieder im Kriegs-Modus.

Der Bürgerkrieg wird aller Voraussicht nach noch länger andauern, weil ihn keine Seite militärisch gewinnen kann und es zur Zeit keine Grundlage für echte Friedensgespräche gibt. Die 25 Prozent der ukrainischen Bevölkerung, die die neue Regierung der Kriegsallianz gewählt haben, und die faschistischen Milizen werden keine Zugeständnisse an die Volksrepubliken dulden. Poroschenko hat bereits seinen Willen bekräftigt, die Ostgebiete „zurückzuholen". Die Volksrepubliken haben wiederum angesichts dieser politischen Ausrichtung der Regierung in Kiew keine Alternative zur militärischen Verteidigung. Der Konflikt wird zudem außenpolitisch eingerahmt durch zahlreiche Initiativen der USA/NATO, sowohl die Aufrüstung, als auch das militärische Angriffspotential zu steigern.

Der Berater zahlreicher US-Präsidenten (von Carter bis Obama), Zbigniew Brzezi ski, hat in seinem Buch „Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vormacht" bereits 1997 die Grundlagen der US-Politik gegenüber der Ukraine und Russland entwickelt. Mehrfach hebt er die besondere Bedeutung der Ukraine für die Errichtung und Aufrechterhaltung der angestrebten unipolaren Welt hervor, der globalen Vorherrschaft der USA durch die Kontrolle der zentralen Landmasse Europas und Asiens, die als „eurasischer Kontinent" 75% der Weltbevölkerung und den größten Teil der weltweiten Energievorkommen umfasst. Das erste Ziel sei dabei, nach der Auflösung der Sowjetunion „das Wiederauftauchen eines neuen Rivalen zu verhindern". Durch ihre geographische Lage wird die Ukraine dabei zum „Dreh- und Angelpunkt". Im Rahmen einer entsprechenden imperialistischen Politik haben die USA maßgeblich in die ukrainische Politik eingegriffen und dazu beigetragen, dass sich eine Putschregierung in Kiew etablieren konnte.

Entsprechend der widersprüchlichen Interessenlage auf der Kapitalseite verfolgt die deutsche Regierung eine Schaukelpolitik. So wurde die Bundeswehr einerseits zu einer Armee „im Einsatz" umgebaut, andererseits wurde z.B. die Eingliederung Georgiens in die NATO verhindert. Eine eigenständige Expansionspolitik über einen Politikerexport und die schnelle Einbindung der Ukraine in die EU ließ sich durch blockierende US-Initiativen nur in Ansätzen verwirklichen („Fuck the EU"). Immerhin ist der Boxer Klitschko nun Bürgermeister von Kiew und Abgeordneter der Rada und der ukrainische Markt kann nun dank des Assoziierungsabkommens durch die EU erschlossen werden – inklusive Schuldenfalle.

Aus friedenspolitischer Sicht sind vor allem die Ansätze der Bundesregierung zum Aufbau einer EU-Armee mittels bilateraler Militärkooperationen – aktuell mit Polen – bedenklich. Dazu gibt es reichlich Unterstützung von verschiedenen Think tanks und Politikern: Gemeinsam mit der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) fordert z.B. der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff (FDP), die Aufstellung einer solchen EU-Armee. „German Foreign Policy" zitiert letzteren mit der Ansicht „nur ein ‚europäischer Ansatz' auf militärischem Gebiet könne gewährleisten, dass der ‚wirtschaftliche Riese' Deutschland kein ‚politischer Zwerg' bei der Durchsetzung ‚westlicher Werte und Interessen' bleibe" (03.11.2014).

Was den Ukraine-Konflikt von den anderen gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt unterscheidet, ist sein Potential zum Epochenwechsel in Europa. Betrachten wir die Eskalation des Konfliktes in den letzten zwölf Monaten, lesen wir z.B. die geostrategischen Perspektiven eines Brzezinsky, beziehen wir die Kontinuität deutscher Osteuropastrategien mit ein, jetzt um das Potential EU erweitert, und nehmen wir ein weiteres Ereignis wie den Abschuss des Fluges MH17 an, dann könnte der Ukraine-Konflikt schnell das Ende der nichtkriegerischen Neuverteilung Europas nach den Umbrüchen 1989-91 bedeuten. Zwar ist der Krieg bereits 1999 mit der Bombardierung Jugoslawiens wieder in Europa eingezogen, zu diesem Zeitpunkt allerdings „nur" mit dem Eingriff in einen, u.a. von Deutschland beförderten Bürgerkrieg. Durch die gegenwärtig verfolgte Ukraine-Strategie von USA/NATO und Deutsch-EU ist eine militärische Konfrontation mit Russland nicht mehr auszuschließen – gerade durch das Heranrücken an die russische Grenze auch unter Verwendung von Atomwaffen.

Neben der Kriegsgefahr stellt uns die Rolle der faschistischen Kräfte in der Ukraine vor neue Aufgaben. Der Umgang der politisch Herrschenden in USA und EU mit Swoboda, Rechtem Sektor usw. nährt den Verdacht, dass sie den Faschismus als machtpolitische Option wieder für nutzbar halten. Nicht etwa indem sie ihn in der Ukraine als System auf nationaler Ebene etablierten, sondern weil sie die Entstehung von verschiedenen faschistischen Organisationen und Gruppierungen und damit den Terror der ukrainischen Machthaber gegen Teile der eigenen Bevölkerung zuließen und möglicherweise sogar förderten. Am 2.Mai in Odessa und am 16. Mai in Mariupol zeigten diese Kräfte, wozu sie fähig sind, als sie ein Gewerkschaftshaus in Brand steckten, Menschen verbrennen ließen, Flüchtende tottraten, oder einfach in die Menschenmenge schossen.

Unser Maß ist klar: „Die LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklogiken im Umgang mit Konflikten ab. Neben der Kritik an Gewaltakteuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es uns um die Aufklärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktursachen." (Erfurter Programm). Für DIE LINKE stellt sich also die wichtige Aufgabe, im Bündnis mit der Friedens- und Antifabewegung mit eigenen klaren Positionen zu arbeiten: Die Quelle des Konfliktes ist die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Rivalität. Dabei ist davon auszugehen, dass Russland zwar zumindest regional eine imperialistische Macht ist, aber, unter anderem aus einer Position der Schwäche heraus, objektiv eine Politik der internationalen Kooperation betreibt, also in einigen Punkten die Interessen und Ziele der Friedensbewegung teilt. Unser Gegner sind die imperialistischen Kräfte im eigenen Land.

Uli Ludwig ist Redakteur dieser Zeitschrift

Wir Weltverbesserer: Die Befreiung von Faschismus und Krieg

Die Aufgaben der LINKEN in der Friedensbewegung

Als „Morgenrot der Menschheitsgeschichte“ hat Peter Gingold (1916 bis 2006), jüdischer Kommunist, deutscher Widerstandskämpfer in der Résistance und lebenslanger Friedensaktivist, den 8. Mai 1945 erlebt. Das mutige Engagement von Antifaschistinnen und Antifaschisten in allen Ländern und schließlich die Zusammenarbeit der Anti-Hitler-Koalition bezwangen die faschistische Diktatur und legten den Grundstein für eine neue Gesellschaft.

Mit dem Potsdamer Abkommen der Alliierten von 1945 sollte der Faschismus mit der Wurzel ausgerissen werden: Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik, kurz das gesamte öffentliche Leben sollte denazifiziert werden; die Gesellschaft sollte durch den vollständigen Abbau der Armee und die Abschaffung jeglicher Rüstungsindustrie demilitarisiert werden; alle Bereiche von Erziehung bis Politik sollten demokratisiert und sowohl die Verwaltung als auch die Wirtschaft dezentralisiert werden, um alle ökonomische Machtkonzentration, die maßgeblich für den Aufstieg des Faschismus und die Vorbereitung des Weltkrieges war, zu zerschlagen und einem diktatorischen Mißbrauch vorzubeugen.

Die Gründung der Vereinten Nationen war ein weiterer Baustein, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“ (Charta der Vereinten Nationen von 1945).

Im Frühjahr 2015 feiern wir den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Was heißt das für die Friedensbewegung und die LINKE?

1) Aufklärung! Das Beispiel Ukraine

Die Friedensbewegung ist und schafft kritische Gegenöffentlichkeit zur medialen Kriegstrommelei und Lügerei. Kriegspastor Gauck spricht von neuer militärischer „Verantwortung“ Deutschlands, wir sprechen dagegen vom Stopp aller Waffenlieferungen, von politischem Dialog, humanitärer Hilfe sowie sozialer und demokratischer Entwicklung. Die antirussische Hetze soll alle Friedensbewegten mundtot machen und speziell uns LINKE als „Putin-Versteher“ denunzieren. Dagegen setzen wir die historische Wahrheit – von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen –, die Aufklärung über die eigentliche Motivation des Westens im Osten – ökonomische und militärische Expansion – und unsere Solidarität mit allen, die wo auch immer für eine bessere Welt kämpfen. Das Mißtrauen gegen die aggressive Osterweiterung von NATO und EU und die Forderung nach einem endgültigen Schweigen der Waffen und für umfassende politische und soziale Verbesserungen wachsen.

2) Nur Frieden schafft Frieden. Das Beispiel Nahost

Mit jahrzehntelanger Interventionspolitik haben die selbsternannten „Sieger der Geschichte“ große Teile der Welt in Schutt und Asche gelegt, die natürlichen Lebensgrundlagen und sozialen Bedingungen zerstört und damit Verzweiflung enormen Ausmaßes produziert. Besonders verdichtet sich dies im Nahen Osten, wo die Bevölkerungen mit dem „Arabischen Frühling“ einen Aufbruch begonnen ha-

ben, um sich sowohl von den regionalen Diktaturen als auch von der Kolonialherrschaftzu befreien und das Leben neu kollektiv und solidarisch zu gestalten.

Die antiimperialistischen und -kolonialen Bewegungen der 50er Jahre, das friedliche Zusammenleben aller Völker, die Nationalisierung der lokalen Ressourcen und der Ausbau säkularer Sozialstaaten wie zum Beispiel in Ägypten unter Nasser bilden dort nach wie vor einen positiven Bezugspunkt für gesellschaftliche Veränderungen. Gegen die Verwirklichung dieser humanen Ziele richten sich die westlichen Interventionen ebenso wie der reaktionär-religiöse Fanatismus.

Nun soll uns ausgerechnet von den Verursachern des Desasters vorgemacht werden, die Probleme könnten nur militärisch gelöst werden! Unsere Antwort darauf sollte eine konsequent und eindeutig zivile sein. Katja Kipping ist zuzustimmen, wenn sie – so auch auf dem Hamburger Landesparteitag Anfang November – sagt: *„Die militärische Interventionspolitik der Nato in Verbindung mit der gezielten und von geopolitischen Interessen geleiteten Destabilisierung und Atomisierung von immer mehr Staaten ist im Irak und in Syrien spektakulär gescheitert. (...) Die Aufgabe der LINKEN ist es nicht, in den Chor der Befürworter eines neuen militärischen Abenteuers einzustimmen. Mit der Mehrheit der Bevölkerung plädieren wir für einen Kurs der zivilen Intervention. Für DIE LINKE steht es außer Frage, dass die Region weder neue Waffen noch neue Soldaten braucht, sondern eine abgestimmte Politik der internationalen Gemeinschaft, die auf den Säulen Flüchtlingsschutz, humanitäre Hilfe und Austrocknung des Terrors aufbaut.“*

Darüber hinaus müssen wir als LINKE in der Friedensbewegung auf eine massive Umverteilung des Reichtums in der Welt drängen, um die Armut zu bekämpfen, Krankheiten zu überwinden, Arbeit und Bildung und Kultur für alle zu schaffen.

3) Der Frieden und die soziale Frage

Letztendlich läßt sich Frieden erst in voll solidarischen gesellschaftlichen Verhältnissen verwirklichen. Mit Karl Liebknecht gesprochen: *„Der Militarismus ist eine Erbsünde des Kapitalismus, die zwar hie und da der Besserung zugänglich ist, von der ihn aber erst das Fegefeuer des Sozialismus läutern wird.“* (Militarismus und Antimilitarismus, 1907).

Das teilt zwar nicht die gesamte Friedensbewegung auf Anhieb, aber muß sie sich daher gegen die „Läuterung“ wenden? Strategisch müssen wir an die tieferen Kriegsursachen heran: die globale Konkurrenz um die Ressourcen, die Geschäfte mit dem Tod durch die Rüstungskonzerne, die schreiende soziale Ungleichheit.

Auch hier gibt die UN-Charta viel her: Es geht gegen das Recht des Stärkeren darum, *„Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“* und *„den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern“*. Dafür sind viele Organisationen der UNO gegründet worden, etwa das Kinderhilfswerk UNICEF, das Welternährungsprogramm WFP, die Internationale Arbeitsorganisation ILO oder die Weltgesundheitsorganisation WHO.

Als LINKE sind wir in Bewegung(en) für soziale Verbesserungen, die Wohlstand und umfassend menschliche Entwicklung in allen Teilen der Welt ermöglichen.

4) Antifaschismus und Bündnispolitik

„Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ bildet eine Einheit. Deshalb engagieren wir uns in Zusammenarbeit mit Antifaschisten und Gewerkschaftern, Christen und bürgerlichen Humanisten, linken Sozialdemokraten und aufrechten Grünen für grundlegende gesellschaftliche Progression. In diesem Sinne ist Friedenspolitik links, und deshalb haben Rechte in der Friedensbewegung nichts zu suchen.

Unter den „Mahnwachen“ sind viele Menschen, die sich erst noch entscheiden müssen, ob sie Teil der Friedensbewegung oder dagegen sind. Mit antisemitischen, rechtspopulistischen oder antiaufklärerischen Kräften arbeiten wir nicht zusammen. Mit allen, die tatsächlich für Frieden aktiv werden wollen, lohnt sich die Diskussion, wie der Krieg zu stoppen und der Frieden zu verwirklichen ist.

In allem sind wir dem Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945 verpflichtet: *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“*

Gunhild Berdal ist Mitglied im Landesvorstand der LINKEN in Hamburg und arbeitet im Bundesausschuß Friedensratschlag und in der AG Frieden der LINKEN Hamburg mit.

Kriegsende vor 70 Jahren:

Zweite Befreiung ins Werk setzen

War der 8. Mai 1945 tatsächlich die Stunde Null, also der vollständige Neubeginn, mit dem die Vergangenheit restlos überwunden wurde? Lag wirklich alles „in Schutt und Asche“? Sicherlich: Der große Schritt nach vorne war das Ende der faschistischen Diktatur, die Befreiung Deutschlands, schließlich das Grundgesetz als die beste Verfassung, die wir je hatten. Es garantiert die Würde des Menschen (Artikel 1), den Sozialstaat (Artikel 20) und es verbietet „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören.“ (Artikel 26) Die zweite Befreiung wäre, diese Normen uneingeschränkt zu verwirklichen.

Da ist noch viel zu tun. Denn in den Neubeginn mischte sich von Anfang an viel Kontinuität und Restauration. Dafür steht nicht nur die Karriere von Hans Josef Maria Globke. Er hat die Nürnberger Rassengesetze mit verfasst und kommentiert. Von 1953 bis 1963 war er Chef des Bundeskanzleramtes unter Konrad Adenauer. Zu erinnern ist auch an Opportunisten wie Alfred Müller-Armack, einem der „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft. Er wurde 1933 Mitglied der NSDAP, schrieb sogleich eine Broschüre zur „Staatsidee und Wirtschaftsordnung im Neuen Reich“ und wurde deswegen ordentlicher Professor in Münster.1950 wurde er Professor in Köln und leitete nebenbei ab 1952 die Grundsatzabteilung in Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium. Vergessen werden sollten auch nicht die vielen Industriellen und hohen Wehrmachtsoffizieren, die – in Nürnberg verurteil oder nicht – schon recht bald nach 1945 ihren Geschäften wieder nachgingen. Und erst nach 40 Jahren nannte Bundespräsident Weizäcker den 8. Mai 1945 den Tag der Befreiung: „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“[1]Warum hat der erste Bundespräsident Heuss das nicht schon 1950 gesagt? Er hatte 1933 nach einigem hin und her dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. War das der einzige Grund?

Wie war es mit „Schutt und Asche“? Die Städte waren durch den Bombenkrieg arg mitgenommen. Aber das Bruttoanlagevermögen in der westdeutschen Industrie war 1948 um elf Prozent größer als 1936 (Demontage und Rückgabe von geraubten Anlagen sind hierbei berücksichtigt)[2]. Also hohe Bruttoinvestitionen trotz der umfangreichen Rüstungsproduktion. Das war nur möglich durch den massiven Einsatz von Zwangsarbeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten.[3] Denn allein die Wehrmacht hatte 1944 eine Stärke von rund neun Millionen Mann. Aber nicht nur die fehlten in der Produktion. Dazu zu rechnen sind die Toten, die Kriegskrüppel, die Soldaten, die in Gefangenschaft waren. Wenn es also nach 1945 in Westdeutschland wirtschaftlich wieder rasch aufwärts ging, dann vor allem deswegen, weil die Produktionsstätten, das Produktivvermögen – eben wegen des umfangreichen Einsatzes von Zwangsarbeit – 1948 größer und moderner waren als 1936. Ein Wunder, ein Wirtschaftswunder war es also nicht. Wer darauf hinweist, löst wütende Reaktionen aus.[4]

Das Produktivvermögen (auch in Form von Aktien) hat die Währungsreform gut überstanden. Zwar hatte der Plan für die Währungsreform einen umfangreichen Lastenausgleich vorgesehen, zu dem die Eigentümer des Produktivvermögens maßgeblich beitragen sollten. Damit sollten vor allem die Sparer entschädigt werden, deren Guthaben auf ein Zehntel abgewertet wurden. Dieser Plan wurde am 20. Mai 1946 von der Dodge-Kommission vorgelegt. [5] Aber der Lastenausgleich wurde schließlich Gegenstand der westdeutschen Gesetzgebung, so dass die Aktiengesellschaften und Aktionäre gut davon kamen.

Herbert Schui ist Redakteur dieser Zeitschrift

1 Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages2 Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 71. Abelshauser stützt sich hier auf eine Untersuchung von Rolf Krengel: Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von 1924 bis 1956, DIW Sonderhefte NF 42, Berlin 1958.3 Herbert Schui, Zwangsarbeit und Wirtschaftswunder, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, 2000, S. 199–203.4 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 27.3.2009, Beratung des Antrags der FDP, Drucksache 16/12326, Im Antrag heißt es, der Mittelstand habe „das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht“. Meine Kritik (H.S.) daran mit dem Hinweis auf die Zwangsarbeit bringt den CDU-Abgeordneten Laurenz Meyer auf die Palme. Er fordert mich unter Hinweis auf die Würde des Hohen Hauses auf, das Rednerpult zu verlassen. Eine gleichartige Reaktion gab es, als Eric Friedlers Film „Das Schweigen der Quandts“ (eine NDR-Dokumentation zum Einsatz von Zwangsarbeit) im Herbst 2007 herauskam. 5 Verantwortlich für den Plan zeichneten neben Joseph M. Dodge die beiden aus Deutschland stammenden US-Immigranten Gerhard Colm und Raymond W. Goldsmith. Ludwig Erhard war daran nicht beteiligt. Eine sorgfältige Darstellung des Plans findet sich bei Heinz Sauermann, Der amerikanische Plan für die deutsche Währungsreform, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 111. Band, 1955, S. 265. In derselben Ausgabe findet sich auch der Text des Plans der Dodge-Kommission für die Währungsreform.

Neue Dimensionen

Das Getöse zum 25. Jahrestag des Mauerfalls – Fest zum 9. November inklusive Feierstunde im Deutschen Bundestag -, der gegen die LINKE inszenierte Auftritt Wolf Biermanns eingeschlossen – überdeckt nur notdürftig Fragen, die zu stellen wären. Es waren Veranstaltungen der Sieger. Unter dem Siegesgetöne verbirgt sich die notdürftig verschleierte Unsicherheit. Auch die Sieger wissen, so sicher ist ihr Sieg nicht.

Ich frage mich: Ist wirklich die Spaltung Europas überwunden? Oder ist es nicht so, dass Europa erneut und tief politisch, militärisch und wirtschaftliche gespalten ist? Was macht eigentlich das „gemeinsame Haus Europa"? Die „Gorbi, Gorbi"-Rufe am Brandenburger Tor ersetzen nicht die Vorstellungen eines friedfertigen Europas. Inwieweit gilt die Hausordnung des „gemeinsamen Hauses", der 2+4-Vertrag, heute noch? Der 2+4-Vertrag ersetzt einen Friedensvertrag mit Deutschland. In 2+4 heißt es, dass das vereinigte Deutschland nie eine seiner Waffen gegen einen Nachbarn richten wird, es sei denn zum Zwecke der Selbstverteidigung. Galt das auch für Serbien? Was ist eigentlich mit den nicht schriftlich fixierten Nebenabreden zur deutschen Vereinigung? Die NATO sollte nicht gen Osten rücken; heute steht das Bündnis an der russischen Westgrenze. Nicht nur Lettland, Litauen und Estland, auch Polen, Tschechien, die Slowakei, indirekt auch die Ukraine zählen heute zum NATO-Territorium, und der Beitritt Georgiens wird vorbereitet. Auch die Grundlinie der deutschen Außenpolitik, militärische und politische Zurückhaltung, soll heute nicht mehr gelten. Wenn es nach dem Trio infernale Gauck, von der Leyen, Steinmeier geht, macht Deutschland heute wieder Weltpolitik. Wir stehen inmitten einer weltweiten Neuverteilung von Macht und Einfluss – die imperiale Neuaufteilung der Welt, auch die imperiale Neuaufteilung Europas ist vorangetrieben worden.

1989 implodierte die realsozialistische Welt. Zug um Zug lösten sich Staatsgefüge einschließlich der Sowjetunion auf. Der „Westblock" ersetzte den „Ostblock". Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst, die NATO hingegen ausgeweitet.

1993 führte der Jugoslawienkrieg der NATO zu einer weiteren Scheide der Umverteilung von Einflusssphären. Der Balkan kam auf Grundlage der militärischen Machtverhältnisse unter den Einfluss der EU und noch vielmehr der USA. Die ökonomische Kooperation in Westeuropa und damit der neoliberale Umbau erreichten neue Dimensionen. Die Europäische Union verstärkte sich durch neue Mitglieder. Die NATO ging wider der Absprachen dazu über, auch im Osten Fuß zu fassen. Die Landkarte Europas hatte sich bereits beträchtlich verändert. Auch der deutsche Einfluss war umfangreich angewachsen.

2013/2014: Der lang anvisierte Zielpunkt der USA-Außenpolitik, die Ukraine von Russland zu trennen, wird erreicht. Nach den Wahlen in der Ukraine kann man mit ziemlicher Sicherheit behaupten, der Großteil des Territoriums und der Bevölkerung der Ukraine im Westen des Landes beginnt sich fest in die EU hineinzuarbeiten und ist bereits heute, ohne dass es vertraglich fixiert wäre, in die NATO eingebunden. Am 26. Oktober gewannen die „pro Westeuropa" orientierten Kräfte, die gleichzeitig alle aggressiv antirussisch eingestellt sind. Der eigentliche Wahlsieger Jazeniuk ist ein Mann der USA. In seiner Umgebung tummeln sich militante Antirussen, nationalistisch und profaschistisch eingestellte Kommandeure der Freikorps, ein auf Überwachung ausgelegter Staatsapparat. Zwischen dem Oligarchen Poroschenko und Jazeniuk werden die Balancen zwischen der EU und den USA ausgehandelt werden. Ohne Kooperation mit der EU sind die wirtschaftlichen Probleme der Ukraine nicht zu lösen. Die Zeche will die USA nicht zahlen. Umgekehrt kommt aber der Druck, NATO und EU für die Ukraine zu öffnen, vor allem aus den USA.

Selbst Gorbatschow sprach bei seinem Besuch in Berlin von der neuen Spaltung Europas. Russland, auch das nichtsozialistische Russland, ist erneut der Feind. Um Kooperation und nicht Konfrontation zu Russland kämpft als Fraktion nur die LINKE.

Wolfgang Gehrcke ist Budestagsabgeordneter für DIE LINKE

KAPITULATIONSERKLAERUNG.

1. Wir, die hier Unterzeichneten, handelnd in Vollmacht fuer und im Namen des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht, erklaeren hiermit die bedingungslose Kapitulation aller am gegenwaertigen Zeitpunkt unter deutschem Befehl stehenden oder von Deutschland beherrschten Streitkraefte auf dem Lande, auf der See und in der Luft gleichzeitig gegenueber dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditions Streitkraefte und dem Oberkommando der Roten Armee.

2. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzueglich allen Behoerden der deutschen Land-, See- und Luftstreitkraefte und allen von Deutschland beherrschten Streitkraeften den Befehl geben, die Kampfhandlungen um 2301 Uhr Mitteleuropaeischer Zeit am 8 Mai einzustellen und in den Stellungen zu verbleiben, die sie an diesem Zeitpunkt innehaben und sich vollstaendig zu entwaffnen, indem sie Waffen und Geraete an die oertlichen Alliierten Befehlshaber beziehungsweise an die von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Offiziere abliefern. Kein Schiff, Boot oder Flugzeug irgendeiner Art darf versenkt werden, noch duerfen Schiffsruempfe, maschinelle Einrichtungen, Ausruestungsgegenstaende, Maschinen irgendwelcher Art, Waffen, Apparaturen, technische Gegenstaende, die Kriegszwecken im Allgemeinen dienlich sein koennen, beschaedigt werden.

3. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzueglich den zustaendigen Befehlshabern alle von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditions Streitkraefte und dem Oberkommando der Roten Armee erlassenen zusaetzlichen Befehle weitergeben und deren Durchfuehrung sicherstellen.

4. Diese Kapitulationserklaerung ist ohne Praejudiz fuer irgendwelche an ihre Stelle tretenden allgemeinen Kapitulationsbestimmungen, die durch die Vereinten Nationen und in deren Namen Deutschland und der Deutschen Wehrmacht auferlegt werden moegen.

5. Falls das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht oder irgendwelche ihm unterstehende oder von ihm beherrschte Streitkraefte es versaeumen sollten, sich gemaess den Bestimmungen dieser Kapitulations-Erklaerung zu verhalten,

werden der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditions-Streitkraefte und das Oberkommando der Roten Armee alle diejenigen Straf- und anderen Massnahmen ergreifen, die sie als zweckmaessig erachten.

6. Diese Erklaerung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache abgefasst. Allein massgebend sind die englische und die russische Fassung.

Unterzeichnet zu Berlin am 8 Mai 1945

Fuer das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht.

In Gegenwart von:

Fuer den Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditions-Streitkraefte.

Fuer das Oberkommando der Roten Armee

Bei der Unterzeichnung waren als Zeugen auch zugegen:

General, Oberstkommandierender der Ersten Franzoesischen Armee

Kommandierender General der Strategischen Luftstreitkraefte der Vereinigten Staaten

„Nicht
Bessers weiß ich mir
Als ein
ch von Krieg und
Gespräch von Krieg
We
eit, in der Türke
n hinten, weit, in der Türk
Die Vö
einander schlag
lker auf einander schlag
Man steht am Fenster, trinkt se
enster, trinkt se
und sieht den Fluss hinab die
luss hinab die
Dann kehrt man abends froh n
n abends froh n
Und segnet Fried und Friedens
ed und Friedens
(Goethe, Faust I)